

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Heute mit 28 Seiten

www.schweizerzeit.ch | 40. Jahrgang, Nr. 19, Freitag, 11. Oktober 2019

Die Zeichen stehen auf Sturm

2

Die Maske ist gefallen

14

Wer glaubt an die Schweiz?

18



Schwierige Wirtschaftslage

Die Zeichen stehen auf Sturm

von Magdalena Martullo, Nationalrätin und Unternehmerin (GR)

Die Wirtschaftsindikatoren weisen schon seit längerem darauf hin: Die Weltwirtschaft ist in einer schlechten Verfassung: Das Bruttoinlandprodukt (BIP), also die Wirtschaftsleistung der bedeutenden Industrieländer, ist schon seit Mitte 2018 rückläufig – so in Europa, vor allem in Deutschland, Frankreich und Italien, aber auch in China.



Dasselbe gilt für die Industrieproduktion, welche in allen Weltregionen seit Anfang 2018 einen deutlichen Abwärtstrend zeigt. Dies unterstreicht auch der sogenannte Einkaufsmanager-Index – ein verlässlicher Indikator für die konjunkturelle Entwicklung. Er ist weltweit seit 2018 rückläufig und hat Anfang 2019 die 50 Prozent-Schwelle unterschritten, was auf eine Rezession hindeutet. Auf einzelne Industrieländer heruntergebrochen, deutet der Index in den USA auf eine Stagnation der Industrie hin. In der EU, aber auch in China, zeigt der Index auf «Rezession».

Deutschland stagniert

Auch die Konsumenten sind in der EU in den vergangenen zwölf Monaten zunehmend vorsichtiger geworden, wie die Konsumausgaben in den EU-Ländern zeigen. Vom Abschwung besonders betroffen ist Deutschland, das wirtschaftliche Zugpferd der EU – zugleich der grösste Absatzmarkt der Schweiz. Das deutsche BIP-Wachstum ist im 1. Halbjahr 2019 auf Null abgesunken, der ifo-Geschäftsklima-Index wie auch die Exporterwartungen fallen seit Anfang 2018 unaufhaltsam.

Diese Entwicklung veranschaulicht die ganz reale Entwicklung in Deutschland, wo in den vergangenen zwölf Monaten ein Grosskonzern nach dem anderen Sanierungen und Entlassungen angekündigt hat. Dies sind

zum Beispiel: Siemens, BASF, Bayer, Sanofi Hoechst, RWE, sowie Autozulieferer und Banken.

Höhere Arbeitslosigkeit in Europa

Die publizierten Zahlen zur Arbeitslosigkeit in den bedeutenden Industrieländern widerspiegeln diese Massenentlassungen noch nicht. Besonders in den Ländern der EU und in Deutschland, wo der Kündigungsschutz stark ausgebaut ist, kommt er erst mit einer Verzögerung von 12 bis 18 Monaten wirklich zum Tragen. Vorher finden die gesetzlich vorgeschriebenen sozialpolitischen Verhandlungen noch statt. Die Arbeitslosigkeit hinkt der realen wirtschaftlichen Entwicklung hinterher, sie folgt ihr aber unweigerlich. Sie stagnierte denn auch im 2. Quartal 2019 in der EU bereits.

Wenn man nun die Summe der Indikatoren sowie die jüngsten Meldungen aus den Unternehmen zusammennimmt, muss in den nächsten Monaten mit einer weiteren wirtschaftlichen Verschlechterung und einer zunehmenden Arbeitslosigkeit in Europa gerechnet werden. Zunehmend ist diese Eintrübung nun aber, nach China, auch in der US-Wirtschaft feststellbar.

Konjunkturelle Situation in der Schweiz

Gemäss den neuesten Prognosen des Staatssekretariates für Wirtschaft (Seco) trüben sich die Konjunkturaussichten auch für die Schweiz zunehmend. Aufgrund der schlechteren Weltwirtschaftslage wurden auch die Konjunkturprognosen des Bundes nach unten korrigiert.

Ganz real in Zahlen zeigen sich bereits düstere Gewitterwolken in der Schweizer Maschinen-, Elektro- und



Ständerat beschliesst 12 Rappen Benzinpreiserhöhung!

Ich kämpfe im Nationalrat verlässlich gegen die staatliche Erhöhung von Benzin- und Dieselpreise um 12 Rappen.

Nicht mit mir!

Im Kanton Zürich wählbar

Deshalb: **Mauro Tuena**
wieder in den Nationalrat **bisher**
2x auf Ihre Liste

Und in den Ständerat:
Roger Köppel

www.mauro-tuena.ch

Liste 1  SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Mittelstandes

Metallindustrie (MEM-Branche), der Exportbranche mit den meisten Mitarbeitenden. Die Situation, wie sie sich zurzeit bei den MEM-Betrieben abzeichnet, ist dramatisch. Die Auftragseingänge reduzierten sich im ersten Halbjahr 2019 deutlich zum Vorjahr, wobei der Auftragseingang im 2. Quartal 2019 um knapp 20 Prozent eingebrochen ist.

Die Kapazitätsauslastung der Betriebe ist bereits rückläufig. Die Anfragen für Kurzarbeit sind stark angestiegen. Bereits fehlt Auslastung und Arbeit, und dies über längere Zeit, wie die Forderung der Swissmem nach einer Verlängerung der Kurzarbeit auf 18 Monate verdeutlicht.

Dass die Kurzarbeit generell zunimmt, zeigen auch die Abrechnungen für Kurzarbeit beim Seco. Zwar noch auf tiefem Niveau, steigt sie seit Anfang 2019 stetig an. Auch die Abschwächung des Euro gegenüber dem Schweizer Franken verdeutlicht das Schwächeln der Euroländer und verteuert vor allem die Schweizer Exporte im Ausland. Zusätzlich zur zunehmenden konjunkturellen Abschwächung in den Abnehmermärkten belastet die Währung die exportorientierten Schweizer Branchen.

Einkaufmanager-Index gesunken

Auch in der Schweiz ist der Einkaufsmanager-Index gesunken. Bereits im ersten Halbjahr 2019 zeigte

sich auch die Konsumentenstimmung gedämpft, ohne Zuversicht auf eine Verbesserung. Grössere Anschaffungen werden nur noch verhalten getätigt. Und die Arbeitslosenzahlen haben sich deutlich verschlechtert! Die Schweizerinnen und Schweizer verfolgen die weltweit schlechten Nachrichten und stellen sich auf schlechtere Zeiten ein. Mit ihrem deutlich zurückhaltenden Konsum bremsen sie aber auch die Wirtschaftszweige im Inland.

Der Tourismus dürfte noch von der guten Buchungssituation profitieren, wird sich aber ebenfalls auf eine schlechtere Geschäftssituation mit unvorteilhaften Währungsverhältnissen einstellen müssen.

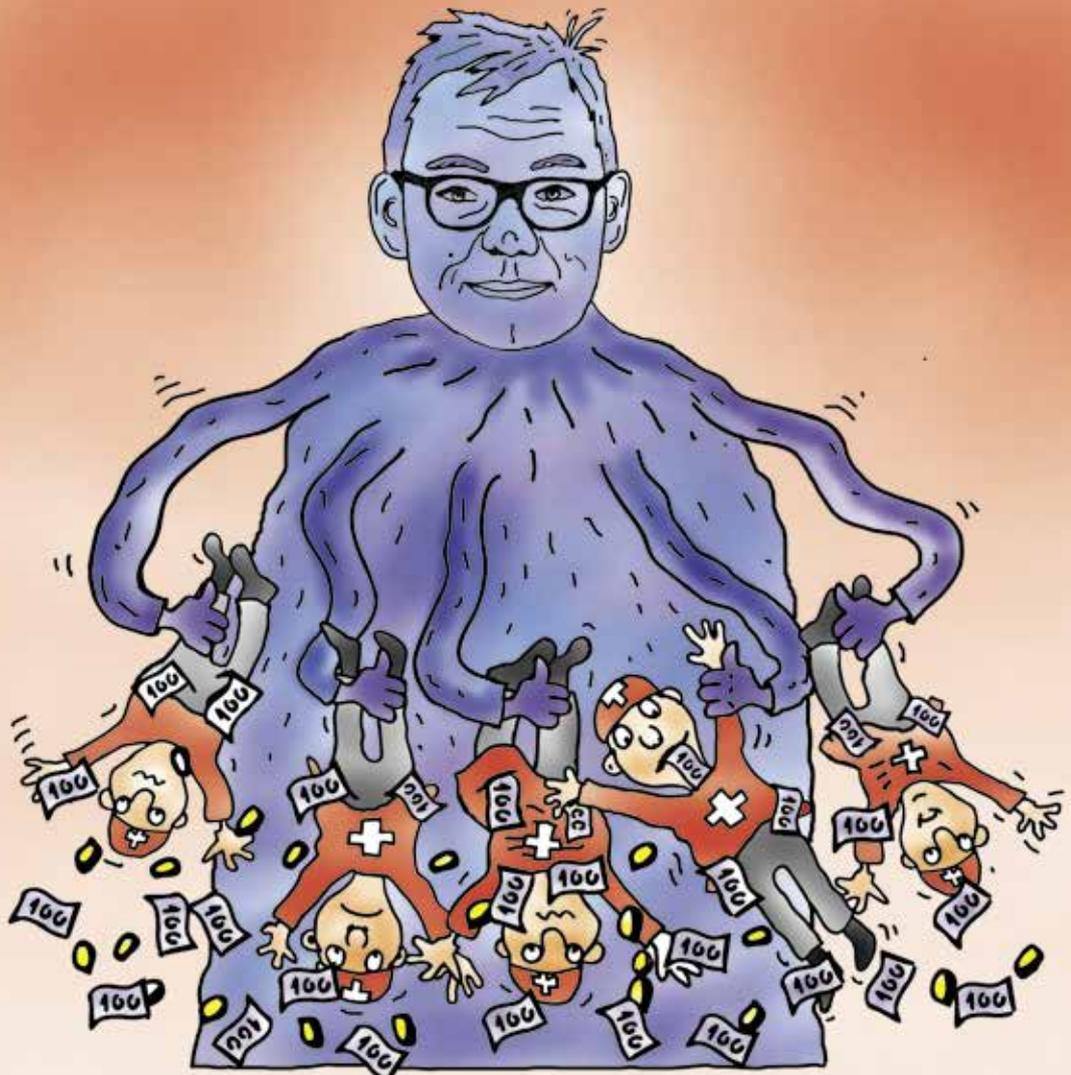
In dieser schwierigen und herausfordernden wirtschaftlichen Lage sind die Unternehmen besonders auf gute politische Rahmenbedingungen angewiesen. Wenig Regulierung, Raum für Neuausrichtungen und Innovation, aber auch tiefe Steuern und Abgaben, sowie ein ausgeglichener Staatshaushalt und ausfinanzierte Sozialwerke sind dabei besonders wichtig.

Die SVP stellt diese Forderungen schon seit langem, leider oft ohne bei der politischen Mehrheit Gehör zu finden. Nun ist die Situation ernst. Es ist fünf vor Zwölf und höchste Zeit zum Handeln!

Magdalena Martullo

Wie die FDP, falls ihr Zürcher Ständerat im Sattel bleiben sollte, künftig mit Bürgern und Steuerzahlern umzugehen gedenkt – um neu gewonnene linke Freundschaft zu zementieren.

*cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl*



Linke und Nette machen die Schweiz kaputt

SVP fordert Revitalisierung

Die SVP fordert dringend ein Revitalisierungsprogramm für den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Schweiz. «Politische Spannungen und Krisen lösen einen weltweiten Wirtschaftsabschwung aus, der auch die Schweiz erfasst. Durch neue internationale Besteuerungsregeln drohen uns Steuerausfälle in Milliardenhöhe. Zudem schmeissen die Linken und Grünen aller Parteien mit Steuergeldern um sich und ersticken mit ihrem Regulierungswahn die Schweizer Wirtschaft», warnte Nationalrätin und EMS-Chefin Magdalena Martullo-Blocher kürzlich an einer Medienkonferenz.

«Die internationale Gemeinschaft will Firmen nicht mehr dort besteuern, wo sie produzieren, sondern neu dort, wo sie ihre Waren und Dienstleistungen verkaufen. Die Schweiz könnte dadurch jährlich über 10 Milliarden Franken an Steuereinnahmen verlieren», betonte Fraktionspräsident Thomas Aeschi (SVP/ZG). Zudem bestehe die Gefahr, dass zahlreiche globale und regionale Firmen ihre Hauptsitze ins Ausland verlagerten. Wie der Fall Pilatus zeige, behindere Links-Grün unsere Exportindustrie durch neu eingeführte und zusätzlich verschärfte Einschränkungen. Gleichzeitig wolle Links-Grün die Schweizer Steuergelder mit vollen Händen ausgeben, u.a. mit Forderungen nach einem Vaterschaftsurlaub oder nach einer 35-Stundenwoche.

«Links-grün will den Schweizer Unternehmergeist durch eine bürokratische Diktatur ersetzen, die da-

rauf abzielt, die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu zerstören», sagte Nationalrat Jean-François Rime, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes. Auch den Klimawahn werde die Bevölkerung teuer bezahlen müssen: Die in der Herbstsession vom Ständerat beschlossenen Preiserhöhungen für Treibstoffe, Heizöl und Flugtickets führten bei einer vierköpfigen Durchschnittsfamilie zu einer jährlichen Mehrbelastung von rund 1'500 Franken. Und vielerorts sei in absehbarer Zukunft mit massiven Steuererhöhungen zu rechnen, weil nun die Gemeinden und Kantone (nach fünf bzw. sieben Jahren Aufenthalt) für die Aufnahme von Tausenden von Wirtschaftsmigranten aufkommen müssten. Die nach wie vor ungebremsete Zuwanderung wird laut Rime immer mehr zur Belastung für unsere Sozialsysteme. «Gemäss einer Untersuchung sind EU-/Efta-Bürger fast

Klartext mit Nationalrat Gregor Rutz

Wöchentlich 120 Seiten neue Gesetze und immer mehr Beamte: Wird Bern zur Bürokratie-Hauptstadt?



Die Bundesverwaltung beschäftigt mittlerweile rund 35'000 Beamte. Jede Woche werden über 100 Seiten mit neuen Vorschriften publiziert. Dies alles schränkt unsere persönliche Freiheit zunehmend ein.

Bald jeder Millimeter unseres Lebens ist gesetzlich geregelt. Die Gesetzesflut scheint un-aufhaltbar. Und viel zu wenige Politiker wehren sich gegen diesen Unsinn.

In den Städten wird den Wirten vorgeschrieben, aus welchem Material und in welcher Farbe Tische, Stühle und Sonnenschirme sein müssen, wenn sie eine Gartenwirtschaft betreiben möchten. In Winterthur braucht man für den Aushang von Fahnen eine Bewilligung. Zürich erhebt eine Gebühr für die Benutzung des öffentlichen Luftraums, wenn ein Gewerbetreibender sein Geschäft anschiebt und der Schriftzug etwas vom Haus absteht. Die Gemeinden verordnen Spuckverbote oder regeln die Höchstgeschwindigkeit für ferngesteuerte Spielzeug-

autos. Alles kein Witz, sondern bitterer Ernst.

Gleichzeitig diskutieren National- und Ständerat über die Einführung einer Zuckersteuer oder ein staatliches Verbot von «Happy Hours». Werbeverbote für Flugreisen, zuckerhaltige Getränke oder Tabakwaren stehen auf der Traktandenliste, wie wenn wir keine anderen Probleme hätten.

Gregor Rutz gehört zu den Politikern, die sich das nicht länger bieten lassen wollen. Mit der IG Freiheit verleiht er jedes Jahr den «Rostigen Paragraphen» für das dümmste und unnützigste Gesetz. Damit wir endlich wieder mehr gesunden Menschenverstand in der Politik haben und unsere Freiheit nicht immer mehr eingeschränkt wird!

Rutz packt an:

- 2006 gründete Rutz mit befreundeten Unternehmern die «IG Freiheit». Die überparteiliche Vereinigung (CVP, FDP, SVP) verleiht jedes Jahr den «Rostigen Paragraphen» für das dümmste und unnützigste Gesetz des Jahres.
- Als Parlamentarier kämpft Rutz für weniger Gesetze und weniger Bürokratie. Schon oft konnte er so Unternehmen helfen bei ihrer Tätigkeit, während die Verwaltung zurückgebunden wurde.
- Aktuell bekämpft Rutz das neue Datenschutzgesetz, das für Gewerbetreibende massive Kosten und eine enorme Bürokratie mit sich bringen würde.

Churz & Bündig

Über alle Spalten beklagen die Medien die unglaubliche Zunahme des Strassenverkehrs. Fast so, als wären alle Schweizer neuerdings gleichzeitig mit drei Autos unterwegs. Warum verschweigen sie penetrant, dass mit der Million Ausländer, die innert dreizehn Jahren gekommen sind, zusätzliche 600'000 Fahrzeuge auf unseren Strassen unterwegs sind?

Stattdessen feiern die Medien den «Teenager-Idealismus» von Schulschwänzern und Schulschwänzerinnen, denen es gelungen sei, den «Klima-Notstand» durchzusetzen. Warum verschweigen sie, dass als Folge dieser Teenager-Tat der Erlass neuer, saftiger Abgaben und Gebühren als «Notstandsmassnahmen» an der Demokratie vorbei zu Lasten der täglich ihrer Arbeit nachgehenden Bürgerinnen und Bürger durchgesetzt werden kann? *us*

zweimal häufiger erwerbslos als Schweizer, und sie beziehen mehr Geld aus der Arbeitslosenkasse als sie einbezahlt haben. Und obwohl bereits sechs von zehn Sozialhilfeempfängern Ausländer sind, reisst die Zuwanderung – meist schlecht Qualifizierter – via Asylwesen und Personenfreizügigkeit nicht ab.»

Diesen Fehlentwicklungen tritt die SVP entschieden entgegen. Ihre Forderungen lauten: Neben einer eigenständigen Steuerung der Zuwanderung braucht die Schweiz für den Erhalt der Arbeitsplätze im Land dringend ein umfassendes Revitalisierungspaket (wie es die SVP in einem Vorstoss (19.3043) fordert, dem der Bundesrat und beide Räte zugestimmt haben. Zudem müssen als Mittel gegen die Exporteinbrüche neue Freihandelsabkommen unter Berücksichtigung der besonderen Situation unserer Landwirtschaft abgeschlossen werden. Zum Massnahmenkatalog der SVP gehören zudem die Liberalisierung des Arbeitsmarktes mittels Deregulierung sowie ein Stopp des Ausbaus des Sozialstaates.



Ihr Inserat
in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Selbstlos für sich selber



«Medienministerin» Simonetta Sommaruga erklärt sich bereit, in Schwierigkeiten steckenden Medien zu helfen. Mit Subventionen.

In der Tat: Mehrere grosse Zeitungsverlage betteln zu Bern um solche Subventionen, um Geld aus der Bundeskasse. Ohne dieses Geld könnten sie nicht überleben. Das beweise das Absterben mehrerer hundert einst eigenständiger Regionalblätter in den letzten Jahren.

Bundesbern zeigte sich lange zögerlich. Die sich immer dreister als Lenkungsgewalt im Entscheidungsprozess vorkämpfende Bundesverwaltung registriert mit Wohlgefallen, dass zu Bern um Bundesgelder buhlende Medien ausgesprochen Bundesbern-devot über die Vorgänge im und um das Bundeshaus berichten. Besonders zu Themen, bei denen der Berner Funktionsapparat die politischen Instanzen inklusive Bundesrat zunehmend beherrscht. Also zur Europa-Politik, wo die von den Steuerzahlern besoldeten Berner Funktionäre den Ausverkauf schweizerischer Eigenständigkeit allen Volksentscheiden zum Trotz unbeirrbar mit auf Brüssel ausgerichtetem Blick vorantreiben. Überhaupt zur Aussenpolitik, wo Berns Funktionäre unsere Neutralität verhökern, weil ihnen ein vermeintlich Macht, Ansehen und damit Zusatzeinnahmen bescherender Schweizer Sitz im Uno-Sicherheitsrat als weit attraktiver erscheint als jenes Stillesitzen, das konsequente Neutralitätspolitik ihnen verordnen würde.

Spalte
rechts

Gleiches gilt zur von den Medien blind applaudierten «Energiewende» und zur Hintertreibung aller Massnahmen gegen die Masseneinwanderung. In keinem dieser Themen wagen Medien auch bloss «hinterfragende Kommentare» zu publizieren. Wer vom Bund Geld erhalten will, legt sich nicht mit seiner Verwaltung an.

Bundesrätin Sommaruga – das Monopol-Fernsehen weitaus am grosszügigsten mit Bundesmanna versorgend – betreibt diese subventionsgesteuerte Disziplinierung einst eigenständiger Medien gekonnt. Die grossen Verlage liegen ihr weitgehend kritiklos zu Füssen.

Entscheiden sich wenige andere Medien – zum Beispiel die «Schweizerzeit» mit der Gründung der Schweizerzeit-Stiftung – zu Selbsthilfemassnahmen ohne Subventionen aus der Bundeskasse, ernten sie von Bundesbern höchstens Nasenrümpfen. Und nicht selten offene Feindschaft.

Ulrich Schliuer

Ihr Immobilienraum?



5 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhaus
8127 **Forch-Küsnacht**, R. Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis 2'395'200.- Bezug nach Vereinbarung
www.ufdeforch.ch



4 ½ - 6 ½ Zi. Doppel-Reihen-Einfamilienhäuser
8414 **Buch am Irchel**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis ab 895'000.-, Bezug ab Frühling 2020
www.wilerbuch.ch



3 Zi. und 4 Zimmer Mietwohnung
8708 **Männedorf**, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Miete ab 2'500.- p/Mt. exkl NK, Bezug nach Vereinb.
www.loft-neugut.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8152 **Glattbrugg**, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.glattwies.ch



4 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8413 **Nefenbach**, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.soonbylepa.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen, Eckhaus
8118 **Pfaffhausen**, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis ab 1'140'000.-, Bezug ab Sommer 2020
www.luckenholz.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Wohnungen, 2 DEFH
8332 **Rumlikon**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis ab 880'000.-, Bezug ab Frühling 2020
www.grueens-doerfli.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8545 **Rickenbach**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch



5 ½ Zi. Maisonette-Eigentumswohnungen
8135 **Langnau a. Albis**, M. Knecht Tel. 044 804 34 34
Preis 1'765'000.-, Bezug nach Vereinbarung
www.bellesterrasses.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8953 **Dietikon**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.duo-dietikon.ch



5 ½ und 6 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhäuser
8913 **Ottenbach**, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.soonbylepa.ch



4 ½ Zi. Eigentumswohnung
8143 **Stallikon**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis 950'000.-, Bezug nach Vereinbarung
www.zuerikon.ch



4 ½ Zi. Atriumhäuser und 3 ½ - 5 ½ Zi. Wohnungen
8302 **Kloten**, Kevin Braunwalder Tel. 043 255 88 88
Preis ab 935'000.-, Bezug ab Winter 2020
www.panoramaweg-kloten.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8404 **Stadel/Winterthur**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8484 **Weisslingen**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.paradislig.ch



4 ½ - 6 ½ Terrassenwohnungen
8103 **Unterengstringen**, R. Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.sparrenberg.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8127 **Aesch-Maur**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8493 **Saland**, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis ab 495'000.-, Bezug ab Sommer 2020
www.ammuelibach.ch



5 ½ Zi. Einfamilienhäuser
8458 **Dorf**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.soonbylepa.ch



**Haben Sie ein Grundstück auf dem
Immobilienräume verwirklicht
werden können?**



3 ½ und 5 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8615 **Wermatswil**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.leuberg.ch

Melden Sie sich bei unserem Chef 
ulrich.koller@lerchpartner.ch oder
per Telefon 052 235 80 00.



4 ½ Zi. Attika-Terrassenhaus
8309 **Birchwil**, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis 2'040'000.-, Bezug ab Winter 2019/20
www.mira-birchwil.ch

Lerch & Partner
ENERGALUNTERNEHMUNG AG
LerchPartner.

YouTube

Zürcherstrasse 124 Postfach 322
8406 Winterthur
Telefon 052 / 235 80 00

Wir nehmen an den folgenden
Immobilienmessen teil:



SVIT Immobilien-Messe in Zürich
29. - 31. März 2019, Lake Side Zürich



Eigenheimmesse Schweiz in Zürich
5. - 8. Sept. 2019, Messe Zürich, Halle 6

Stand März 2019

Hinter dem umstrittenen Urteil gegen die Grüne Renate Künast steckt Unappetitliches

Wieso darf sie so genannt werden?

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld



Ein deutsches Gericht hat Anfang September entschieden, dass es erlaubt sei, Renate Künast, die bekannte deutsche Grünen-Politikerin, als «Drecks F*ze» zu bezeichnen. Doch was steckt dahinter? Das Urteil erstaunt, weil man normalerweise nur rechte Politiker beleidigen darf und eine solche Verrohung nicht toleriert werden sollte. Der Auslöser der Hasstirade gegen Künast aber ist brisant: Es ging um den Flirt der Grünen mit der Pädophilie.

Der deutsche Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit schrieb vor Jahrzehnten begeistert, fünfjährige Mädchen hätten ihn «angemacht» und mit seinem Geschlecht gespielt. Er schwärmte sogar im Fernsehen von Kleinkindern: «Die Sexualität eines Kindes ist etwas Fantastisches». Noch in den achtziger Jahren pflegten die Grünen Deutschlands eine irritierende Nähe zu pädophilen Gruppierungen. Sex mit Kindern galt lange als akzeptabel, solange er «eilvernehmlich und gewaltfrei» vollzogen würde. Und so rief Künast, als im Mai 1986 im Berliner Parlament eine grüne Abgeordnete gefragt wurde, wie sie zum Beschluss der nordrhein-westfälischen Grünen stehe, Geschlechtsverkehr mit Kindern zu entkriminalisieren, dazwischen: «Komma, wenn keine Gewalt im Spiel ist.»

Das tönte so, als wäre Sex mit Kindern ohne Gewalt okay. Als kürzlich im Internet der Zwischenruf von Künast thematisiert wurde, nannte ein Kommentarschreiber die grüne Politikerin «Drecks Fotze». Künast wehrte sich dagegen erfolglos vor Gericht. Derweil die breite Öffentlichkeit Sex mit Kindern und alles, was mit Pädophilie zu tun hat, zutiefst verabscheut – auch Künast meinte, sie sei missverstanden worden – hatten und haben auch in der Schweiz gewisse Kreise weniger Hemmungen. Der gefallene «Reformpädagoge» Jürg Jegge erklärte seine pädophilen Taten denn auch aus dem damaligen Zeitgeist.

Und so scheute sich auch der damalige linksliberale SRF-Chef Roger de Weck nicht, eine Laudatio für den oben erwähnten Cohn-Bendit zu halten. Er verteidigte den Politiker trotz dessen pädophilen Äusserungen. 2011 gründete der verwarnte Beat Meier als Präsident die Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft Pädophilie den Verein www.verwahrung.ch. Auf Facebook nennt sich die Gruppe «fair-wahrt». Auf den Seiten wurden zahlreiche Grüne und Linke erwähnt, so auch Jacqueline Fehr, die – als sie 2011 Nationalrätin und Vizepräsidentin der SP Schweiz war – allerdings bat, man möge ihren Namen streichen. Nur zwei Jahre später lehnte die SP die so genannte Pädophilen-Initiative ab und setzte sich intensiv für eine Härtefallklausel für Pädophile ein.

Die Linke sympathisiert seit Jahren mit Strömungen, welche die bürgerliche Gesellschaft demontieren wollen. Und Politiker der Grünen können im Parlament den Anschein erwecken, Sex mit Kindern sei irgendwie in Ordnung, «Komma, wenn keine Gewalt im Spiel ist.»

Hermann Lei



Im Kanton Zürich wählbar

Therese Schläpfer
Gemeindepräsidentin Hagenbuch

Wieder in den Nationalrat

Weiterhin innovativ + tatkräftig in Bern

Und in den Ständerat:
Roger Köppel

www.therese-schlaepfer.ch



Liste 1 SVP
Die Partei des Mittelstandes



Alfred Heer
wieder in den Nationalrat

2x auf Ihre Liste

Im Kanton Zürich wählbar

Schweizer Werte bewahren. Wohlstand erhalten.

Und in den Ständerat:
Roger Köppel



Liste 1 SVP wählen
Die Partei des Mittelstandes

Leserbriefe

Richtungswahlen am 20. Oktober

Die Wahlen vom 20. Oktober sind für uns alle richtungsweisend. Denn die Grundsatzfragen lauten: Bleibt die Schweiz frei, selbstbestimmt und sicher? Werden auch die kommenden Generationen günstige Voraussetzungen haben? Heute gehört die Schweiz zu den erfolgreichsten und wettbewerbsfähigsten Ländern weltweit. Dazu beigetragen haben unter anderem das duale Bildungssystem, die direkte Demokratie, die Standortsicherheit, eine intakte öffentliche Infrastruktur und ein funktionierendes Sozialsystem.

Der EU-Rahmenvertrag, der Uno-Migrationspakt, die unkontrollierte Zuwanderung, die steigenden Sozial- und Asylkosten sowie die überhastete «Klimapolitik» greifen unser schweizerisches Erfolgsmodell frontal an und gefährden seinen Fortbestand. Ich wähle deshalb Politikerinnen und Politiker, welche dafür kämpfen, dass die «Schweiz Schweiz bleibt!» Ich hoffe, Sie auch!

Michael Trachsel, Feuerthalen

Wohlstandsklimaschwänzen

Klimademo: Kinder im Kindergartenalter halten ein Transparent hoch «Für eusi Zuekunft». Erwachsene haben den Kindern das Transparent in die Hände gedrückt und sie für die Stimmungsmache mitgenommen. Erwachsene, denen es nicht ums Klima geht, sondern um Wahlkampf.

Einige tausend Schülerinnen und Schüler foutierten sich schon mehrfach, zuletzt am Freitag, 27. September, um die Bildung, die ihnen wertschöpfende Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zukommen lassen – Klimaschwänzen ist von Mittelschulen gern gesehen: Die Antwort auf eine Kantonsratsanfrage (160/2019) zeigt: Ein Überblick über «wer fehlt und wer nicht» beim Klimastreik wollen Gymnasien gar nicht. Doch auch den wenigen Demo-Organisatoren geht es nicht ums Klima, es geht ihnen um Wahlkampf durch Massenhypnose.

Ginge es tatsächlich um das Klima, dann würde man Kernkraftwerke fordern. Man würde Naturwissenschaftlerin oder Naturwissenschaftler werden wollen und über Moorböden, Reisfelder und Methanentstehung forschen, grüne Treibstoffe wirtschaftlich machen und saubere Batterien erfinden, man würde versuchen, die Erde noch mehr zu begrünen, als sie es automatisch tut.

Vor allem würde man eine Politik machen, die dem Wirtschaftsstandort nützt, denn je besser es den Menschen geht, desto eher wird in neue Heizungen investiert und werden Kläranlagen gebaut: In der Schweiz mit vier Reinigungsstufen, in ärmeren EU-Ländern sind einfache Anlagen noch kein Standard. Wohlstand führt zu Umweltschutz. Das Gegenteil stimmt auch: Der Wirtschaft schaden, wie es die Vorschläge der Klimaaktivisten tun, führt nämlich zu einer anderen Art von Demos: Am gleichen Wochenende bewiesen tausende Gelbwesten in Frankreich, dass höhere Benzinpreise existentieller ans Herz gehen, als unseren Wohlstandsschwänzerinnen und Wohlstandsschwänzern das Klima. Hoffen wir, dass mit den Wahlen auch Vernunft einkehrt.

Matthias Hauser, NR-Kandidat SVP, Hüntwangen

Nationalratswahlen, 20. Oktober 2019
Wählbar im Kanton Zürich

2x auf Ihre Liste!

Ein echter Gewerbler
wieder in den Nationalrat!

Bruno Walliser
Eidg. dipl.
Kaminfegermeister

bisher

In den Ständerat:
Roger Köppel

Liste 1

SVP
SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Mittelstandes

Jürg Sulser
in den Nationalrat

Es braucht mehr
Zürcher Unternehmer
in Bern

Dafür stehe ich ein:

- Starke Wirtschaft
- Für tiefere Steuern, Gebühren und Abgaben
- Gewerbe vor zuviel Bürokratie schützen
- Entlastung der Unternehmen – für mehr Wettbewerbsfähigkeit
- Arbeitsplätze schaffen und erhalten
- Den Jungen mit Lehr- und Arbeitsstellen eine Zukunft geben
- Arbeitsmarktchancen verbessern für über 50-Jährige
- Für eine sichere Schweiz und für unsere Neutralität

www.juerg-sulser.ch

2x auf Ihre Liste!

Liste 1

SVP
SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Mittelstandes

Das war vorauszusehen – leider



Was noch im März 2019 seitens Bundesbern in offiziellen Statements (Bundesnachrichtendienst/EDA) als «politische Unwägbarkeit» galt, scheint sich nun als «politische Tristesse» anzubahnen. Der Bund plant entgegen vorheriger Beteuerungen, in Nordostsyrien inhaftierte Schweizer IS-Frauen heimzuholen. Diese Kursänderung ist ein Schlag ins Gesicht all jener, die unter den Gräueltaten des IS («Islamischer Staat») litten oder starben.

Die Fakten im Zeitraffer

Mit dem Erstarren der Terrormiliz des «IS» zog es Schweizer Frauen nach Syrien, um sich ihm anzuschliessen. Sie vermählten sich mit Mitgliedern der Mordbanden des «IS» und nahmen an den Gräueltätigkeiten teil. Sie brachten Kinder zur Welt, deren leibliche Väter sich aus Reihen des «IS» rekrutierten.

Der «IS» verlor Krieg, Gebiete und Macht, und das Blatt wendete sich: Die Schweizer Ex-Terroristinnen des «IS» hocken aktuell samt Nachwuchs in kurdischen Internierungslagern in Nordostsyrien fest. Und urplötzlich erinnern sie sich ihrer Schweizer Wurzeln und stellen Antrag auf Rückkehr, den von IS-Männern gezeugten Nachwuchs im Schlepptau.

Knickt Bundesbern ein?

Ja, man plant die Heimholung! Dabei hatte der Bundesrat erst vor kurzem informiert, man schliesse eine Rückkehrerlaubnis kategorisch aus. Alles Schall und Rauch: Der Schweizer Steuerzahler finanziert künftig das Dasein von Leuten, die als Angehörige der Mördertruppen des «IS» gschworen haben, jeden Nicht-Islamisten zu vernichten. Auch uns!

Entscheiden muss nun der Bundesrat, bei dem Ex-Justizministerin Sommaruga nach Beobachtung des IS-Niedergangs vorsorglich erste Weichen für eine Rückkehr der Schweizer IS-Frauen gestellt hat. Zwar positioniert sich Bundesrätin Karin Keller-Sutter klar: «Wir nehmen keine Erwachsenen zurück!» Doch die Front in Bundesbern bröckelt gewaltig. Der Bundesrat diskutiert über eine Rückkehrbewilligung für die IS-Frauen. Eine von ihnen, die heute 30-jährige Schweizerin mit Kämpfernamen «Malika», macht auf Mitleid: «Wir sind einfach müde von allem und haben immer Angst.»

Gegenfrage: Sind sie des Mordens müde? Wer alles hatte vor ihnen Angst – vielleicht die Opfer des «IS», dem sie willig dienten? Sie bauen auf Gnade, die sie uns bei einem Sieg des «IS» wohl kaum gewährt hätten.

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch



Martin Haab bisher in den Nationalrat



2 x auf
Ihre Liste

wählbar im
Kt. Zürich

Engagiert für Landwirtschaft,
Ernährung und Umwelt

www.martinhaab.ch



In den Nationalrat Kanton Zürich 20.10.19

Ihre Stimme für eine
unabhängige und
starke Schweiz



Jacqueline Hofer

- ▶ Unternehmerin seit 1994 (Immobilientreuhand)
- ▶ Kantonsrätin seit 2011
- ▶ Stadträtin der Stadt Dübendorf
- ▶ Verwaltungsrätin Spital Uster
- ▶ Kommission Justiz und öffentliche Sicherheit
- ▶ Gemeinderatspräsidentin 2015/2016
- ▶ Vorstand KGV Zürich, KGV-Spitzenkandidatin
- ▶ HEV Uster / Dübendorf & Umgebung

2 x auf
Ihre Liste

www.jhofer.ch

In den Ständerat:
Roger Köppel



Kaum zu glauben:

75 Jahre Ulrich Schlüer

hf. Liebe Leserinnen und Leser der «Schweizerzeit». Sie alle kennen das Kürzel «US», mit dem Ulrich Schlüer seine stets treffenden Artikel, Kommentare und Lagebeurteilungen zu zeichnen pflegt. «US» bedeutet aber auch «unermüdlich» und ein «sicherer Wert». Denn was Ulrich Schlüer, der am 17. Oktober 75-jährig wird, seit etlichen Jahrzehnten täglich leistet, ist kaum zu glauben.



Ueli mit seinen Eltern

Einleitend eine kleine Episode: Beim Begräbnis von Fürst Rainier von Monaco am 15. April 2005 erwiesen zahlreiche gekrönte Häupter, Staatschefs und Minister aus der ganzen Welt dem Verstorbenen nach dessen 56-jähriger Regentschaft die letzte Ehre, darunter auch der damalige Bundesrat Christoph Blocher mit seiner Gattin. Bis zum Beginn der Abdankungsfeier in der Kathedrale von Monaco hielten sich die Trauergäste in einer grossen Halle auf. Dabei bemerkte Christoph Blocher einen Mann mit einer schmecken, uniformartigen Kleidung, nach Blochers Meinung wohl ein Chauffeur, der abseits stand und etwas einsam schien. Blocher trat auf ihn zu, um ihm Gesellschaft zu leisten und stellte sich vor: «Blocher, Justizminister der Schweiz.»

Darauf meinte der andere: «Sehr erfreut, ich bin der König von Marokko.»

Warum erzähle ich diese Begebenheit? Weil es Ueli Schlüer nie und nimmer passieren würde, was der «arme König» Mohammed VI erleben musste – nämlich nicht erkannt zu werden. Ueli Schlüer war und ist in der Gemeinde, in der Region im Kanton, schweizweit – ja EU-weit bekannt und auch bei seinen politischen Gegnern (bis nach Brüssel) respektiert und wohl auch gefürchtet.

Eine seiner grossen Stärken: Er war und ist kein Schwätzer, sondern ein Macher. Er kennt die Politik aus der Theorie und aus der Praxis zugleich, und zwar auf allen Stufen. Schon als Schulpräsident der Oberstufe Flaach hat er überzeugt. Zitat eines Schulpflegers: «Ich habe das politische Heu oft nicht auf der gleichen Bühne wie Schlüer, aber er war ein hervorragender Schulpräsident. «Auch als Gemeindepräsident hat er überzeugt und die Gemeindeautonomie hochgehalten. Seine regelmässige Kolumne «Em Presi sini Meinig»



Ulrich Schlüer im Kreis seiner Kinder, Enkelinnen und Verwandten.



Hochzeit mit Ruth am 1. April 1970

war bei Funktionären und Bürokraten in Zürich gefürchtet und hat wohl etlichen von ihnen schlaflose Nächte bereitet, weil sie damit rechnen mussten, am nächsten Tag, beim Erscheinen der Kolumne, zur (berechtigten) Zielscheibe der Schlüerschen Feder zu werden.

Auch als Nationalrat hat Ueli Schluer aus dem vollen geschöpft. Seine klugen druckreifen Voten insbesondere zur Aussen-, Sicherheits- und Staatspolitik haben manche Debatte geprägt, und «Mitte-links» musste sich «warm anziehen», wenn sie ihn kontern wollten.

Sein eigentliches Lebenswerk und quasi sein «Kind» ist und bleibt aber natürlich die «Schweizerzeit». Hier leistet er als Chefredaktor und Verleger seit Jahrzehnten eine enorme und kompetente Arbeit. Am 1. März 2019 waren es auf den Tag genau 40 Jahre seit dem erstmaligen Erscheinen dieses politischen Magazins, das in der politischen Debatte zu einem wichtigen Faktor geworden ist. Darüber hinaus hält Ueli Schluer regelmässig Vorträge, er bestreitet Schulungen und öffentliche Veranstaltungen rund um das Kernthema «Ja zur Schweiz»/Schweiz-EU. Und die «Schweizerzeit» erscheint dank seiner Initiative regelmässig am Fernsehen und hat auch ihr «online-Format» ausgebaut.

Neben seinem «Kind Schweizerzeit» hat Ueli mit seiner tüchtigen Gattin Ruth aber auch vier «echte» und sehr gefreute Kinder und mittlerweile acht Enkelinnen, auf die das Ehepaar Schluer zu Recht stolz sein darf. Der Schluer-Clan hält zusammen und «funktioniert» im besten Sinn des Wortes!

Da gibt es nur noch eines hinzuzufügen: Herzliche Gratulation Ueli! Deine Begeisterung und Dein Kampf für eine freie, lebenswerte Schweiz im grossen und im kleinen sind vorbildlich. Dein Tatendrang ist ungebrochen. Mach weiter so!

*Redaktion und Büro «Schweizerzeit»,
Angehörige, Freunde, Bekannte und Weggefährten*



KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN- EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Preis bis Ende 2020: nur Fr. 80.–

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Mail-Adresse: _____

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum: _____

Unterschrift: _____

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Wehret den Anfängen



«Hüte dich vor dem nackten Mann, der dir sein Hemd verkaufen will». Dieses Sprichwort trifft ideal auf den linken Zeitgeist zu.

Die Linken und ihre Kartellmedien haben zwar die Toleranz zur Staatsreligion erklärt. Sie wollen uns Bürgern aber vorschreiben,

was wir zu essen und denken sollen und wie wir uns zu verhalten haben. Zwang zur gendergerechten Sprache und zum veganen Essen, staatliche Eingriffe in jeden Lebensbereich, Sprech- und Denkverbote, Enteignungen oder Gewalt gegen Andersdenkende zeugen davon, wie intolerant die Linken in Wahrheit sind.

Sie wollen unsere freiheitliche Gesellschaft niederreissen und eine angeblich bessere aufbauen. Wie oft schon wurde dieses irre Versprechen in der Menschheitsgeschichte verkündet und nicht eingehalten?! Die sozialistischen Allmachtgebaren und Träumereien enden immer im Chaos und im Verderben. Genau so wird es auch enden, wenn es im Zuge der Klimahysterie zu einem «Systemwechsel» hin zu einer sozialistischen Klimadiktatur kommt.

In der Vergangenheit hat die bürgerliche Schweiz linken Umsturzversuchen standhalten können. Nie

Hinter feindlichen Linien

haben wir uns verleiten lassen, unsere Gesellschaft radikal umzupflügen. Deshalb wird dies nun mit einer hinterhältigen Taktik versucht. Die Links-Grünen und ihre Kartellmedien haben es geschafft, unser Land in eine Art Massenpsychose zu versetzen. Sie behaupten ernsthaft, durch den Klimawandel gehe die Welt in rund zehn Jahre unter, wenn nicht sofort ein gesellschaftlicher «Systemwechsel» stattfindet.

Der Sozialismus kommt nun verkleidet als «Umweltschutz» und «Weltrettung» daher. Und da sich die FDP ein grünes Mäntelchen umgelegt hat, werden linke Forderungen mehrheitsfähig, die früher im Bundesparlament unbeachtet verhallt wären. Nach der Erhöhung der Bezinpreise, den Flugzuschlägen oder dem Verbot von Ölheizungen soll nun den Bürgern verboten werden, mehr als dreimal pro Jahr zu fliegen. Was folgt als nächstes?

Falls die Linken, Grünen, Netten und Links-Freisinigen die Wahlen am 20. Oktober gewinnen, werden alle Dämme der Vernunft brechen, und unsere Schweiz geht kaputt.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat in der Stadt Zürich. In seiner monatlich erscheinenden Kolumne berichtet er über die Irrungen der linken Politik.

«Das aktuelle Zitat»

«Alle europäischen Länder könnten froh und glücklich sein, wenn sie wären wie die Schweiz. Wir dürfen doch eines nicht vergessen: Alle EU-Europäer auf einen Schlag – 500 Millionen Menschen – die sind bei weltweit zehn Milliarden Menschen in der Gefahr, unter die 5 Prozent-Klausel zu fallen.»

Peter Gauweiler,
ehem. CSU, im «Morning Briefing», 27.8.2019

LACHEN VERBOTEN!

Der Vater fragt seinen Sohn mit sichtlichem Stolz: «Warum hast du eigentlich mein Bild in dein Schulheft geklebt?»
Der Sohn: «Weil die Lehrerin sehen wollte, welcher Dummkopf mir bei den Hausaufgaben hilft.»



Im Kanton Zürich wählbar
Paul Mayer
Metallbauunternehmer 2x auf Ihre Liste

In den Nationalrat

Mehr Geld zum Leben!

Und in den Ständerat:
Roger Köppel

www.paulmayer.ch

Liste 1 SVP Die Partei des Mittelstandes

Starke Stimme für die Schweiz

Christoph Mörgeli
in den Nationalrat

2x auf Liste 1
wählbar im Kanton Zürich

Frei und sicher.

www.svp-zuerich.ch

In den Ständerat: Roger Köppel

EU-Rahmenvertrag*Brüssel befiehlt**Die Schweiz
muss parieren**Schluss mit
Gleichberechtigung***Das wäre das
Ende des
Bilateralen
Wegs***Der Rahmenvertrag
ist ein Unter-
werfungsvertrag*EU-Rahmenvertrag:
Behauptungen und Tatsachen**Bestrafungsvertrag**

Der Bundesrat will bezüglich flankierender Lohnschutz-Massnahmen, bezüglich Unionsbürgerschaft und Beihilfe-Regelungen (Subventionsordnung) der EU noch einige Zugeständnisse abfordern.

Damit werden – durchaus nicht unwichtige – Einzelprobleme angesprochen. Dazu Klarstellungen zu erreichen, ist gut und recht. Aber der Hauptsache, weswegen der EU-Rahmenvertrag für die Schweiz in jeder Beziehung unannehmbar ist, weicht der Bundesrat aus. Ein Vertrag, der die Schweiz verpflichtet, alle Beschlüsse, Gesetze und Verordnungen, welche die EU einseitig als wichtig (gemäss EU-Wortschatz als «binnenmarkt-relevant») etikettiert, automatisch übernehmen zu müssen: Solche Anmassung liquidiert den bilateralen Weg, liquidiert die bilaterale Ebenbürtigkeit der Schweiz gegenüber Brüssel.

Entstehen aus der Pflicht zur automatischen Übernahme von EU-Beschlüssen Meinungsverschiedenheiten, dann muss sich die Schweiz dem Urteil des EU-Gerichtshofs unterwerfen. Kann die Schweiz ein Urteil dieses Gerichtshofs – weil hier eine Volksabstimmung anderes beschlossen hat – nicht annehmen, muss sie der EU das Recht auf Strafmassnahmen gegen unser Land zugestehen.

Damit wird dieser Vertrag zum Bestrafungsvertrag. Ein Vertrag, welcher die Schweiz in wichtigsten Fragen (Einwanderung, Personenfreizügigkeit, Landverkehr, Steuerpolitik, Landwirtschaft, Produkte-Zertifizierung, Neutralität) auf Gedeih und Verderb der EU unterwirft, liquidiert die Souveränität der Schweiz.

Die Schweiz würde zu einer Kolonie, zu einem Satelliten Brüssels, ohne in wichtigen Fragen eigene, unserem Land dienende Lösungen treffen zu können. Schluss mit eigenständigen Freihandelsabkommen und mit Direktzahlungen. Jede eigenständige Entscheidung würde die EU berechtigen, die Guillotine auf die Schweiz herabsausen zu lassen. Solche Knechtung ist einem souveränen Staat nicht zumutbar.

Nicht nur Einzelfragen im Vertrag sind unannehmbar. Der ganze Vertrag ist abzulehnen. Denn er zerstört die Souveränität der Schweiz. S.

Zwei, die anpacken

www.franco-albanese.ch

www.rene-truninger.ch

Franco Albanese René Truninger

In den Ständerat: Roger Köppel

in den Nationalrat 2 x auf Ihre Liste

Liste1

SVP Die Partei des Mittelstandes

Operation Libero organisiert Pro-EU-Rahmenabkommen-Front

Die Maske ist gefallen

von Dr. Pedro Reiser, Mitglied des Komitees «Nein zum schleichenden EU-Beitritt»

Die 2016 auf nationaler Ebene als «spontane» Studentenbewegung erschienene «Operation Libero» (OP), die vorgab, sich für Menschenrechte und offene Grenzen einzusetzen, hat ihre Maske fallen gelassen. Wer heute auf ihre Webseite geht, findet ihr zentrales Anliegen: «Aufruf für ein Rahmenabkommen».

Dazu hat die «Operation Libero» eine Front von 41 Politikern gebildet, die sich verpflichtet haben, sich für das Rahmenabkommen einzusetzen. Sie erhalten für ihr «Engagement» Wahlkampfunterstützung von 1,5 Millionen Franken von OP. Nach mehrmaligem Nachhaken bestätigt der ehemalige Nationalrat Tim Guldemann (SP), der mit der Operation Libero hinter der Kampagne steht, den Betrag. Mit dabei in dieser Pro-EU-Rahmenabkommen-Front sind 41 Nationalratskandidaten aus verschiedenen Parteien, ausser der SVP: «Je sieben aus der SP und den Grünen, sechs von der GLP, neun FDP-Politiker, acht CVPler und vier aus der BDP.»

Wie kommt eine «spontane Studentenbewegung» dazu, innert kürzester Zeit professionell organisiert zu sein und mit Millionen-Budgets zu operieren? Und dann noch dazu von Anfang an vom Staatsfernsehen wie eine grosse nationale Partei mit regelmässigen Einladungen in die Arena behandelt zu werden? Jetzt, da die Maske dieser Gruppierung, die sich gerne als Vertreterin der «zivilen Gesellschaft» präsentiert, gefallen ist, wird klar: Es handelt sich um eine Pro-EU-Polit-Marketing-Agentur.

Dann wird auch verständlich, woher ihre finanziellen Mittel stammen. Der Behauptung von OP, sie werde nur durch «kleine» Spenden (crowdfunding) finanziert, widersprechen ihre eigenen publizierten Zahlen. Die Spenden für die Nationalratswahlen werden mit 98'490.30 Franken angegeben. Den Kandidaten wurden aber 1,5 Millionen versprochen. Also muss wohl ein «guter Onkel» den fehlenden Betrag finanzieren. Über die Identität des «guten Onkels» wurde viel spekuliert. Es ist jedoch klar, dass es sich um einen EU-freundlichen «Onkel» handeln dürfte, oder – was noch wahrscheinlicher ist – um verschiedene EU-freundliche «Onkels». Namen, die zirkulieren: «Federführend in der Finanzierung dürfte der windige Kollege Heinz Karrer von der Economiesuisse sein. Im Hintergrund werkelt die FDP mit.» Hansjörg Wyss zieht im Hintergrund die Fäden. Er hat der Initiative den wichtigen finanziellen Anstoss gegeben und dürfte den Abstimmungskampf mittragen.

Wyss sagte aus den fernen USA zu BLICK: «Die Schweiz gehört zur EU.» Zudem wurden dem Aushängschild Flavia Kleiner «Verstrickungen zum ungarisch-ame-

*Wer 2019 nicht SVP wählt,
wird Komplize der Unterwerfung der Schweiz
unter Brüssels Funktionärsherrschaft.*



Für eine freie, sichere und gesunde Schweiz!

Nina
Fehr Düsel

am 20. Oktober in den Nationalrat

www.ninafehrdusel.ch / Küsnacht ZH

Wählbar im ganzen Kanton Zürich

Und in den Ständerat:
Roger Köppl

2 x auf Ihre Liste **Liste 1**



rikanischen Milliardär George Soros nachgesagt. Dies, weil sie Aktivmitglied des European Council on Foreign Relations (ECFR) ist, den Soros mit seiner Open Society Foundations als Mitglied und Hauptsponsor mit bisher über 2,5 Millionen Euro unterstützte.»

Die OP behauptet, sie sei weder von Economiesuisse, Wyss oder Soros finanziert. «Honni soit qui mal y pense.» Abschliessend ein treffender bei «insideparadeplatz» publizierten Kommentar dazu: «Oh, wie schön, wie makellos perfekt doch diese Operation Libero ist und wie einzigartig für die Schweiz.» In der Tat: Für die Schweiz wirklich einzigartig! Jedoch nur eine Kopie des in Europa bereits erfolgreich lancierten Polit-Marketing-Formates. So, wie halt erfolgreiche Sendungen («Deutschland sucht den Superstar, Germanys Top Model») einmal entworfen werden und dann europaweit für das jeweilige Land kopiert und ausgestrahlt werden, so wurde die Operation Libero «Swiss Edition» abgekupfert, mit schmucken Girls und Boys bestückt, «gebrandet» (von Brand, englisch Marke) und lanciert. In Frankreich wurde das Format zum ersten Mal erfolgreich geschaffen.

Ebenfalls aus dem Nichts eroberte Macrons «Republik in Bewegung» die Präsidentschaft. Lauter junge, schöne Menschen und ein Grossmami (Brigitte).

In Spanien wurde das Marketing-Format dann verfeinert. «C» (spanisch für Ciudadanos = Bürger) ins Leben gerufen, gilt jetzt als die drittgrösste Partei des Landes. Dasselbe in Grün. Ein smarterer, bildhübscher Junge als Parteiführer, topmodelhafte, intelligente junge Frauen als Parteivorstände – gleiches Format, gleiche Kommunikation, gleiche Inhalte, gleiches Getue wie hierzulande. In Spanien sind es Grossbanken und der Arbeitgeberverband, welche mit zehnstelligen Summen die «Bewegung» ins Rollen gebracht haben. In Frankreich ebenfalls Grossbanken, welche das grosse Geld reinstecken. Sowohl in Spanien als auch in Frankreich agierte jeweils eine Bank als Sammelbecken für die «Spenden» der anderen Banken (in Spanien Banco Sabadell, in Frankreich Banque Edmond de Rothschild).

Operation Libero, «Swiss Edition», verfolgt knallhart den Eintritt der Schweiz in die EU sowie sämtliche Anliegen einer «globalisierten» Schweiz. Treffen mit Ex-Präsident Obama, Erklärungen der Presse, dass eine dieser zwei Madis (Co-Präsidentinnen von OP) zu den «einflussreichsten Persönlichkeiten Europas» gehöre (ein Witz!) – hier wird ganz gross aufgetischt von der Globalisierungselite der Welt. Die Bastion Schweiz muss endlich fallen. Das Volk scheint vorerst darauf hereinzufallen.

Pedro Reiser

Schweizerzeit

«Leserreise 2020»

Auf den Spuren von Friedrich II.

Sizilien – Apulien – Neapel

Montag, 25. Mai bis Sonntag, 7. Juni 2020

Palermo – Cefalu – Erice – Trapani – Agrigent –
Ragusa – Taormina – Syrakus – Catania – Messina –
Alberobello – Bari – Castel del Monte – Trani – Foggia –
Lucera – Amalfiküste – Pompeji – Sorrent – Neapel

Antike und mittelalterliche Bauten · Spuren des
Staufer-Kaisers Friedrich II. · Grossartige Kathedralen ·
Kulinarische Köstlichkeiten · Erlesene Weine ·
Gepflegte Hotels · Vorträge über Friedrich II. und
das Römische Weltreich.

Reisebegleitung: Giovanni Russo, lokale Reiseführer
Organisation: Kultour Ferienreisen AG, Winterthur

Historische Vorträge: Ulrich Schlüer

Preis pro Person (bei 24 Teilnehmern):

Im Doppelzimmer, Economy-Flug Fr. 4'000.–
Einzelzimmer-Zuschlag Fr. 550.–



«Schweizerzeit»-Leserreise nach Sizilien und Süditalien vom 25. Mai bis 7. Juni 2020

Bitte senden Sie mir das Detailprogramm mit Anmeldetalon

Name, Vorname:

Strasse, Nr.

PLZ, Ort:

Tel.:

E-Mail:

Talon bitte einsenden an:

«Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach

Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03

E-Mail: info@schweizerzeit.ch

Volksinitiative «Jetzt si mir draa» im Kanton Solothurn

Vorwärts mit der Steuersenkung!

von Rémy Wyssmann, Kantonsrat, Dr. iur., Rechtsanwalt und Notar, Oensingen SO

Die SVP des Kantons Solothurn unterstützt die Volksinitiative «Jetzt si mir draa» für eine Senkung der Steuern für mittlere und tiefe Einkommen im Kanton Solothurn. Die Delegierten haben die Initiative am 19. September mit 59 zu 4 Stimmen bei 7 Enthaltungen gutgeheissen.

Was will die Initiative?

In einem ersten Schritt sollen die Tarifstufen für die Einkommenssteuern so angepasst werden, dass spätestens ab der Steuerperiode 2023 die Steuerbelastung für alle Steuerpflichtigen im Maximum 120 Prozent des Durchschnitts der Steuerbelastung aller Schweizer Kantone beträgt. In einem zweiten Schritt (spätestens ab der Steuerperiode 2030), soll die Steuerbelastung für alle Steuerpflichtigen im Maximum 100 Prozent betragen. Und drittens sollen die Tarifstufen, die allgemeinen Abzüge und die Sozialabzüge ab der Steuerperiode 2023 bei jedem Anstieg der Teuerung angepasst werden.

«Steuerhölle» beseitigen

Der hohen Steuerbelastung durch die Einkommenssteuern bei den mittleren und tiefen Einkommen muss endlich der Kampf angesagt werden. Der Kanton Solothurn steht hier am Schluss aller Kantone – er ist

eine veritable «Steuerhölle»! Es ist unsere Pflicht, diese Steuerhölle zu beseitigen. Die Initiative will das in den erwähnten zwei Schritten tun: Vom ersten Schritt profitieren in erster Linie die Leute mit mittleren und tiefen Einkommen, der zweite Schritt kommt dann allen Steuerpflichtigen zugute. Als letzten Punkt gleicht die Initiative die Kalte Progression aus.

Die Initiative verlangt nichts Unrealistisches. Sie verlangt nur, dass wir innert zehn Jahren steuerpolitisch Schweizer Durchschnitt werden. Auch der Regierungsrat hat diesen Frühling in seiner Standortstrategie 2030 das gleiche Ziel formuliert: «Bei der Einkommensbesteuerung soll ein Platz im Mittelfeld der Schweizer Kantone angestrebt werden.»

Finanziell verkraftbar

Nach unseren Schätzungen betragen die finanziellen Ausfälle des ersten Schrittes rund 30 Millionen Franken für den Kanton und knapp 70 Millionen, wenn wir die Gemeinden einrechnen. Das ist weniger als die durchschnittliche jährliche Abweichung von Rechnung und Voranschlag. Die finanziellen Ausfälle des zweiten Schrittes betragen rund 125 Millionen Franken für den Kanton und 260 Millionen für die Gemeinden. Dieser Schritt wird aber, wie erwähnt, in mehr als zehn Jahren vollzogen. Zum Vergleich: Der Steuerertrag der natürlichen Personen ist in den vergangenen zehn Jahren beim Kanton um satte 132 Millionen angewachsen!

Die Initiative ist als allgemeine Anregung formuliert und wird deshalb dem Volk innert eines Jahres ab Einreichung zur Abstimmung unterbreitet, sofern ihr der Kantonsrat nicht zustimmt. Bei einer Zustimmung durch den Kantonsrat oder das Volk verabschiedet der Kantonsrat innert zweier Jahre nach der Annahme einen entsprechenden Erlass. Dieser ist dem Volk zusammen mit einem allfälligen Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen.

*

Damit der Fahrplan eingehalten werden kann, müssen nun rasch viele Unterschriften gesammelt werden. Der Unterschriftenbogen kann unter www.jetzsimirdraa.ch heruntergeladen und ausgedruckt werden. Senden Sie die ausgefüllten und unterzeichneten Bögen bitte an die folgende Adresse:

Rémy Wyssmann, Schachenstrasse 34 b, Postfach, 4702 Oensingen (SVP-Kantonsrat, Nationalrats-Kandidat und Hauptinitiant), rw@sozietaet.ch / Tel. 062 388 04 89



Rémy Wyssmann
in den Nationalrat www.remy-wyssmann.ch

 **Wählbar im ganzen Kanton Solothurn!**
www.svp-so.ch/wyssmann

2x auf Ihre Liste 1

 **SVP**
Für Freiheit und Sicherheit

Was tun unsere Landeskirchen?

Christen, unfreiwillige Märtyrer

von Gemeinde- und Kantonsrat Christian Werner, Olten

In zehn Wochen wird wieder Weihnachten gefeiert. Auch wenn für viele Menschen in der Schweiz der christliche Hintergrund dieses Festes keine grosse Bedeutung mehr hat, dürfen wir doch unbesorgt feiern – in Sicherheit und Freiheit. Für uns eine Selbstverständlichkeit.

Anderswo sieht die Realität ganz anders aus: Etwa alle fünf Minuten wird irgendwo auf der Welt ein Mensch nur seines christlichen Glaubens wegen getötet. Jahr für Jahr sind es Tausende. Schätzungen der internationalen Gesellschaft für Menschenrechte und des internationalen Instituts für Religionsfreiheit zufolge sind rund 80 Prozent der weltweit Verfolgten Christen. Noch nie war ihre Verfolgung so ausgeprägt wie heute. Und dennoch: In unseren Medien finden diese erschütternden Tatsachen kaum je Erwähnung. Kein Aufschrei, keine Entrüstung. Die Gesellschaft schaut weg.

Die stärkste Christenverfolgung findet laut dem überkonfessionellen Hilfswerk «Open Doors», das die Entwicklungen seit Jahrzehnten beobachtet und alljährlich den sogenannten Weltverfolgungsindex herausgibt, im kommunistischen Nordkorea statt. Schätzungsweise 70'000 Christen sind dort in den berüchtigten Arbeitslagern eingesperrt. Es folgen in den «Top Ten» Afghanistan, Somalia, Sudan, Pakistan, Eritrea, Libyen, Irak, Jemen und Iran. Diese Länder haben eines gemeinsam: Sie sind islamisch geprägt. Kein Zufall; in den allermeisten Ländern ist gemäss «Open Doors» der extremistische Islam verantwortlich für die Gewalt gegen Andersgläubige. Er bringt dem Christentum die schlimmste Verfolgung seiner Geschichte.

Und der islamische Extremismus ist weiter auf dem Vormarsch, beispielsweise in Libyen. Als Folge des «Arabischen Frühlings» und des Bürgerkriegs hat dort die Gewalt gegen Christen massiv zugenommen. Libyen hat sich von einem säkularen zu einem islamistisch



Für eine freie und sichere Schweiz!
Eidg. Wahlen vom 20. Oktober 2019

Christian Werner
in den Nationalrat
2x auf Ihre Liste

Wählbar in ganzen Kanton Solothurn!

Christian Imark

www.werner-christian.ch

geprägten Land gewandelt. Der «Arabische Frühling» ist für die Christen zum bitterkalten Winter geworden.

Wieso liest und hört man nicht öfters davon? Warum wird die Christenverfolgung auch von den Landeskirchen nur selten thematisiert? Mischen sich diese tatsächlich lieber in die inländische Politik ein, statt hartnäckig und wiederholt an die Gewalt und die Folter gegen ihre Glaubensgeschwister zu erinnern? Wäre es nicht ihre Pflicht, lautstark gegen die Verfolgung zu protestieren?

Übrigens: Rund die Hälfte der 50 im Weltverfolgungsindex aufgeführten Staaten werden von der Schweiz unterstützt. So fließen jährlich insgesamt mehrere Hundert Millionen Franken Entwicklungshilfe in diese Gebiete. Traurig, aber wahr: Die Schweiz zahlt auch dann, wenn ein Land die Religionsfreiheit nicht achtet. Wie lange noch?

Christian Werner

(kandidiert am 20. Oktober für den Nationalrat)



Für mehr Unternehmerinnen in der Politik!

Jacqueline Ehrsam
in den Nationalrat

2x auf Ihre Liste 8

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Wählbar im ganzen Kanton Solothurn!

AUS GRENDELMEIERS
«REICH DER MENSCHEN»»



Kranke

Dank «Reich der Menschen»-Verse-Lesen ist mancher Kranke schon genesen. Dies dient der seelischen Erbauung, es fordert geistige Verdauung, und oft vertreibt's sogar die Flausen von gries und gramigen Banausen.

Technischer Fortschritt statt Weltuntergangsprediger

Wer glaubt an die Schweiz?

von Christian Imark, Nationalrat, Unternehmer, Fehren SO

Der Klimahype nimmt immer groteskere Züge an. Es dominieren Schwarzmalerei, «Uriellas» und Weltuntergangsprediger in der heutigen Medienwelt. Wer den «Gottesdienst» stört und an die Zukunft glaubt, ist ein Ketzer. Unter grünem Mäntelchen schwelgt ein Kampf, die Schweiz in ihren Grundfesten zu zerstören.

Links-Grün versucht derzeit sämtliche sozialistischen Träume zu verwirklichen, mit Unterstützung wankelmütiger Mitteparteien und unter Antreibung einer gewaltigen Medien-Peitsche. Selbst die Aushebelung der direkten Demokratie unterliegt nicht dem Tabu der vom Ausland getriebenen Aktivisten. Die Eigenverantwortung, die unser Land Jahrzehnte lang erfolgreich gemacht hat, könne den «Weltuntergang» nicht verhindern, ist der Tenor. Es brauche Verbote, Verteuerungen, Behördenwahn und sogar eine Neuordnung der Gesellschaft.

Fortschritt und Demokratie

Wer behauptet, der CO₂-Ausstoss der Schweiz könne nicht mit technischer Entwicklung und Eigenverantwortung reduziert werden, opfert die direkte Demokratie. Bei uns entscheidet das Volk vier Mal pro Jahr über die strategische Ausrichtung des Landes, auf Basis der Eigenverantwortung unserer Bürgerinnen und Bürger. Auch der Fortschritt unseres Landes entsteht von unten nach oben aufgrund von Freiheit und Eigenverantwortung. Es entspricht unserer Kultur, dass gut ausgebildete Menschen sich selber weiterentwickeln können und dass sie befähigt sind, die richtigen Entscheide für sich und für unser Land zu treffen und dass sie bereit sind, für diese Entscheide Verantwortung zu tragen.

«Uriella» Sommaruga

Derweil werden die Forderungen der Klima-Aktivisten immer utopischer und unverschämter. Medien-Kritik an der Kulturrevolution des 21. Jahrhunderts, welche die Schweiz in ihren Grundfesten zerstören will, findet nicht statt. Ebenso unkritisch begleitet wird Aktivistin und Bundesrätin «Uriella Sommaruga», die sich unlängst unter den Pöbel mischte und sich als Weltretterin aufspielte, ohne in ihrem

Leben je einen selbst erarbeiteten Franken in Technologie und Effizienz investiert zu haben. Ignoriert wird vom Schweizer Medien-Mainstream ebenso, dass die Schweiz ihren CO₂-Ausstoss seit Jahren markant absenkt und zwar dank Technologie und Eigenverantwortung.

Wer glaubt an die Schweiz?

Es sind nämlich nicht die Schwarzmalerei und Weltuntergangsprediger, sondern Bürgerinnen und Bürger des Schweizer Mittelstandes, die in neue Technologien investieren und an unsere Zukunft glauben. Menschen, die bereit sind, für ihre Familie, für ihre Unternehmung und für die Zukunft unseres Landes zu investieren. Es sind die Hausbesitzer, die ihr Haus auf Basis der neusten technischen Entwicklungen bauen und umbauen, es sind die KMUs, die viel Geld in die Effizienz ihrer Anlagen investieren und es sind Fuhrhalter, die ihren Fahrzeugpark laufend auf dem neusten Stand der Entwicklung halten.

Christian Imark

Gesellschaft für ein freiheitliches Waffenrecht
Société pour un droit libéral sur les armes
Società per un diritto liberale sulle armi

PROTELL

**Geeint sind wir stark.
Unis, nous sommes forts.
Uniti siamo forti.**

Jetzt Mitglied werden!
Inscrivez-vous maintenant!
Iscrivetevi subito!

www.protell.ch/jetzt
www.protell.ch/maintenant
www.protell.ch/subito

☎ 031 312 19 78



Papi - Buezer - Volksvertreter

Christian Imark
in den Ständerat

SVP UDC
www.christian-emark.ch

Christian Imark
in den **Ständerat**
und 2x auf Ihre Nationalratsliste



Unglaublicher Alarmismus

Die Vernunft muss siegen

von Walter Wobmann, Nationalrat, Gretzenbach SO

Um von den gravierenden Folgen der unkontrollierten Masseneinwanderung und der voranschreitenden Islamisierung abzuweichen, sprechen die meisten Medien und Parteien in diesem Wahlkampf lieber über den vagen Begriff des Klimawandels. Im Zentrum steht eine rigide Verbotspolitik mit noch mehr Steuern auf Treibstoff und Energie.

Links-Grün bläst zum Raubzug auf unseren Wohlstand – in der Meinung, durch noch mehr Steuern, Abgaben und Vorschriften die Erdtemperatur im Promillebereich senken zu können. Was für eine gefährliche Irreführung unserer Bevölkerung! Lassen wir uns nicht für dumm verkaufen: Unser Land verursacht gerade mal 0,1 Prozent (ein Tausendstel) des weltweiten menschengemachten CO₂-Ausstosses. Und wir haben den CO₂-Ausstoss von 1990 bis 2017 um 14 Prozent verringert.

Ebenso gehören wir zu den weltweiten Spitzenreitern beim Recycling und bezüglich Innovationen. Wir verwerten 96 Prozent der Glaserzeugnisse, 90 Prozent der Aluminiumverpackungen, 82 Prozent der PET-Getränkeflaschen und 68 Prozent der Batterien und Akkus wieder. Wir erfinden laufend neue Verfahren, um aus Abfällen und Gülle Energie zu gewinnen oder unsere Gebäude energieeffizient auszurüsten.

Als leidenschaftlicher Motorrad- und Autofahrer lasse ich es nicht zu, dass die Mobilität weiter verteufelt wird. Hunderttausende Menschen in unserem Land sind auf ihr Auto angewiesen. Gering- und Normalverdiener werden die Gestraften sein, wenn der Benzinpreis auf bis zu vier Franken pro Liter steigen sollte, wie es die Linken vorhaben.

Zusätzliche Steuern entziehen dem Wirtschaftskreislauf Geld. Die Kaufkraft sinkt, die Wirtschaft schrumpft, und der Wohlstand nimmt stetig ab. Kommt dazu: Wird mit diesen zusätzlichen Steuereinnahmen wirklich etwas für das Klima getan, oder werden sie nicht viel eher in der Bürokratie versickern? Solange die Linke das Bevölkerungswachstum als grössten Treiber des steigenden Ressourcenverbrauchs leugnet, ist ihr Alarmismus ohnehin nicht glaubwürdig.

Am 20. Oktober 2019 muss die Vernunft siegen. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Walter Wobmann



BauExpert GmbH
 Dipl. oec. Alfred Zogg
 Loomattstrasse 14c
 CH-8143 Stallikon
 H. 079 679 06 22
 info@bauexpert-gmbh.ch

Bei Wasserschäden und
 Ablaufverstopfungen
 wählen Sie die Nummer:
 079 757 70 31



www.wasserschaden-24-7.ch

Für sämtliche Bauausführungen und Folgeschäden.

www.bauexpert-gmbh.ch




Dä packt a!

+

Walter Wobmann

wieder in den Nationalrat

www.walter-wobmann.ch



Christian Imark
in den Ständerat



Wahlbar im
ganzen Kanton
Solothurn!

2x auf Ihre

Liste 1

Für Stadt und Land in
den Nationalrat:

Georg Rütli



LISTE
8



2x auf
Ihre Liste



+

Ein Europa ...

... an das wir glauben

hf. Im Oktober 2017 haben dreizehn namhafte liberale Intellektuelle aus ganz Europa einen Aufruf unter dem Titel «A Europe We Can Believe in» (Ein Europa, an das wir glauben können) veröffentlicht. Das nach seinem Entstehungsort auch «Pariser Erklärung» genannte Manifest wurde bislang in 25 Sprachen übersetzt. Es ist im Internet unter thetrueeurope.eu abrufbar. Die «Schweizerzeit» publiziert fortan jeweils Teile des Manifests, das eine Alternative zur zentralistischen Fehlkonstruktion EU aufzeigt. Lesen Sie heute Teil 3.



Europa ist ein Gemeinschaftsprojekt

Das wahre Europa war niemals vollkommen. Die Verfechter des falschen Europa irren nicht, wenn sie Fortschritt und Reformen fordern, und tatsächlich ist seit 1945 und 1989 vieles erreicht worden, was wir schätzen und pflegen sollten. Unser Dasein ist ein Projekt in Bewegung, nicht ein erstarrtes Erbe. Aber die Zukunft Europas kann nur in der erneuerten Wertschätzung unserer Wurzeln liegen, nicht in einer falschen Globalisierung, welche das historische Erbe verleugnet und die eigenen Werte ablehnt. Europa hat nicht erst mit der Aufklärung zu existieren begonnen. Und unsere geliebte Heimat wird nicht durch die Europäische Union zur Erfüllung gebracht. Das wahre Europa ist und wird immer eine Gemeinschaft von Nationen sein, die manchmal allein sein mögen, aber dennoch vereint sind durch ein geistiges Erbe, welches sie diskutieren, entwickeln, teilen – und lieben.

Wir verlieren unsere Heimat

Das wahre Europa ist in Gefahr. Die Errungenschaften der Volkssouveränität, der Widerstand gegen Grossmacht-Versuchungen, Weltoffenheit gepaart mit bürgerlichem Engagement, das christliche Erbe als Basis eines menschlichen und würdigen Lebens, der aktive Einsatz für unsere klassischen Errungenschaften – all dies entgleitet uns. Durch die Schaffung eines falschen Christentums der «universellen Menschenrechte» durch die Anführer des falschen Europa verlieren wir unsere Heimat.

Eine falsche Freiheit setzt sich durch

Das falsche Europa brüstet sich mit einem nie gekannten Einsatz für die menschliche «Freiheit». Diese

Freiheit aber ist sehr einseitig. Sie gibt sich selbst als Befreiung von allen Einschränkungen aus: Sexuelle Freiheit, Freiheit zur Selbstverwirklichung, Freiheit, «sich selbst» zu sein.

Die Generation der Achtundsechziger sieht diese Freiheiten als Sieg gegen ein einstmals allmächtiges und repressives kulturelles Regime. Sie feiern sich als die grossen Befreier und behaupten, ihre Schrankenlosigkeiten seien anzuerkennen als vornehme moralische Errungenschaften, für welche ihnen die ganze Welt dankbar sein sollte.

Individualismus, Isolation und Ziellosigkeit sind weitverbreitet

Für die jüngere Generation von Europäern zeigt sich die Realität hingegen weit weniger glanzvoll. Der liberale Hedonismus führt oftmals zu Langeweile und einem Gefühl der Sinnlosigkeit. Der Bund der Ehe ist geschwächt. In der aufgewühlten See der sexuellen Freiheit werden die Wünsche junger Menschen, zu heiraten und Familien zu gründen, oftmals enttäuscht.

Eine Freiheit, die unsere innigsten Herzenswünsche zerstört, wird zu einem Fluch. Unsere Gesellschaften scheinen sich aufzulösen in Individualismus, Isolation und Ziellosigkeit. Anstelle wahrer Freiheit sind wir zur leeren Konformität einer konsum- und mediengesteuerten Kultur verurteilt. Es ist unsere Pflicht, die Wahrheit auszusprechen: Die Generation der Achtundsechziger hat zerstört, aber nicht aufgebaut. Sie hat ein Vakuum geschaffen, das nunmehr mit sozialen Medien, Billigtourismus und Pornographie aufgefüllt wird.

(Fortsetzung folgt)



«Schweizerzeit»-Special
Fr. 2499.00

A3-Farbkopierer, -Scanner,
-Drucker und -Telefax
inkl. Original-Einzug
2 Kassetten, Stapel-Einzug
Unterschrank, TOP-Qualität
dank 1200 dpi, Duplex,
Netzwerk, USB 2.0
automat. Hefter, Air-Print
Super Touch-Display, farbig
3 Jahre Vor-Ort-Garantie

OCoTex AG – 041 799 50 00

ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Ein Wendehals geht

Philipp Müller, seinerzeit mit der im Gegensatz zur FDP von der SVP markant unterstützten 18 Prozent-Initiative auf die nationale Polit-Bühne gelangt, nimmt seinen Abschied aus dem Ständerat.

Eine Höchstgrenze von 18 Prozent Ausländern einst wortreich fordernd, wurde er im Bundeshaus – zunehmend ungezügelm Hass auf die SVP frönend – lautstarker Befürworter der Personenfreizügigkeit und deren Erweiterung auf Osteuropa. Als die Schweiz bereits gegen 25 Prozent Ausländer zählte, profilierte er sich als schärfster Gegner der SVP-Initiative gegen die Masseneinwanderung.

Und neuerdings vernimmt man, dass er nach seinem Wechsel vom Nationalrat in den Ständerat zusammen mit dem linken Klassenkämpfer Cedric Wermuth federführend die Nicht-Umsetzung der von Volk und Ständen angenommenen Initiative gegen die Masseneinwanderung inszeniert und die Abwehrschlacht gegen die Begrenzungsinitiative der SVP mitangeführt hat.

Als «König der Wendehäse» hat er alles verraten, wofür ihn das Volk einst zum Nationalrat gewählt hatte.

Philipp Müller wusste seiner Wendehals-Karriere soeben noch eine Art «Krönung» aufzusetzen: Wahl um

Wahl wurde ihm als vermeintlich Bürgerlichem in den vergangenen Wahlkämpfen vom Verein «Perspective CH», der aus Mitgliederbeiträgen und Mitgliederspenden die bürgerlichen Kandidaten in Wahlen jeweils unterstützt, unter die Arme gegriffen – auch finanziell.

Jetzt, da er zurücktritt, selber Unterstützung also nicht mehr benötigt, hätte man von ihm wohl erwarten dürfen, dass er, bekanntlich nicht unbedingt arm, jüngeren Bürgerlichen über diesen Verein vergleichbare Wahlunterstützung zukommen lassen würde, wie sie ihm zuteil geworden ist.

Der König der Wendehäse beschritt einen anderen, für ihn typischen Weg: Er ist, sobald selber nicht mehr auf Unterstützung angewiesen, kommentarlos aus dem Verein Perspective CH ausgetreten.

Mit Politik hat dies nichts mehr zu tun. Mit seinem persönlichen Charakter wohl um so mehr.

Akzent

us

Malerei AG, Spritzwerk
Farbencenter



Bösiger

041 761 99 27
www.malerboesiger.ch

Für eine sichere und erfolgreiche Schweiz.



Thomas Burgherr
bisher

Holzbau-Unternehmer
Präsident SVP Aargau
AGV-Mitglied

Wieder in den Nationalrat
2 x auf Ihre Liste

In den Ständerat
Hansjörg Knecht

Liste 1




Michaela Huser

am 20. Oktober
in den Nationalrat



«Michaela Huser gehört 2x auf jede Nationalratsliste. Ich schätze sie als sachlich, aber sehr konsequente Politikerin. Sie kämpft für das Gewerbe – Solche Leute brauchen wir!»

Ernst Hasler, alt Regierungsrat

michaelahuser.ch

2 x auf Liste 1



Matthias J. und die Bürokratie

von Andreas Glarner, Nationalrat, Oberwil-Lieli AG

Jetzt lächeln sie wieder von den Plakatwänden und wild aufgestellten Plakaten. Geben Versprechen ab, die sie nie einzuhalten gedenken. Es ist Wahlkampf – da scheint alles zulässig zu sein.



Nehmen wir das Beispiel von Matthias Jauslin, FDP-Mitglied und Unternehmer. Dieser Mann hat in der vergangenen Legislatur oftmals gegen die Interessen der Schweiz gestimmt. Er war mit Nationalrat Kurt Fluri federführend bei der Nicht-Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Die von ihm gehaltenen Referate und Anträge

stammen kaum aus seiner Feder – es scheint eher, dass sich die Economiesuisse ihn als verlängerten Arm in die Kommission ausgesucht hat.

Schon in seinem Amt als Gemeinderat von Wohlen AG und später als Grossrat, legte er ein sehr seltsames Abstimmungsverhalten an den Tag. Trotzdem wurde er nie gebremst oder ermahnt – weil auch viele seiner freisinnigen Mitstreiter bereits nach links abgedriftet waren oder die Vorlagen zu wenig verstanden hatten. Gewählt wurde er bislang nicht – er rutschte nach, als Philipp Müller in den Ständerat gewählt wurde. Wie schwach der Freisinn im Aargau noch ist, zeigte sich, als Jauslin Parteipräsident wurde. Nach glücklosen vier Jahren gab er das Präsidium ab und hinterliess eine Lücke, die ihn voll ersetzte.

Datenschutzgesetz

Gerade in der letzten Session der laufenden Legislatur hat Jauslin den Vogel abgeschossen. Er kämpfte bei der Behandlung des Datenschutzgesetzes derart an der

Seite der Linken und Grünen, dass er sich sogar dazu verstieg, einen Minderheitsantrag zu unterzeichnen, welcher für KMUs weitreichende Konsequenzen gehabt hätte – wenn er denn durchgekommen wäre.

Allen Ernstes wollte Jauslin, dass die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes nicht erst für Firmen ab 500 Mitarbeiter gelten sollten, sondern bereits ab 50 (!) Mitarbeiter. Als er dafür kritisiert wurde, reichte er schnell einen Einzelantrag ein, der die Grenze bei 250 Mitarbeitern festlegen wollte. Dieser Antrag kam dann durch – und nun kommt natürlich der flüchtige Betrachter zum Schluss, dass Jauslin für die KMU's gekämpft habe – genau so funktioniert heute die Wahrnehmung der unbeteiligten Bürger.

Hätte die FDP zusammen mit der SVP gekämpft, wäre dieses Gesetz schon in der Kommission versenkt worden. Schuld, dass es trotzdem zur Beratung kam, war Kommissionpräsident Kurt Fluri, welcher mit seinem Stichentscheid diesem Gesetzes-Moloch zum Durchbruch verhalf. Allein die Unterlagen für die Räte umfassten 263 Seiten – nur die «Fahne» wohlverstanden – also ohne Botschaft und mitgeltende Unterlagen. Alles in allem hatten die Kommissionsmitglieder einen Stapel Unterlagen von rund 40 cm Höhe zu diesem Geschäft.

Dieses unsägliche Gesetz hätte nie durchkommen dürfen. Es hat weitreichende Konsequenzen für die KMU's in unserem Land. Diese werden sich bei der Umsetzung die Augen reiben und sich fragen, welche Politiker solche Gesetze beschliessen.

Es sind originellerweise genau die Politiker, die den Wählerinnen und Wählern jetzt wieder versprechen, sich für den Abbau von Bürokratie und Vorschriften und den Ausbau der unternehmerischen Freiheit einzusetzen – eben die FDP-Parlamentarier!

Andreas Glarner

Liibli
für Männli und Wiibli

www.printop.ch · 081 750 37 90 · 9472 Grabs

printop
werbetechnik ag



Das Büro Ha deckt auf!



Alle Schützen der Interessengemeinschaft Schiessen Schweiz (IGS, 16 Verbände/Organisationen) sind aufgefordert, bei den Nationalrats- und Ständeratswahlen sich daran zu erinnern, dass diese Politiker für das EU-Waffen-Unrecht eingestanden sind und für die kommende Entwaffnung die Verantwortung tragen: Lorenz Hess, Matthias Jauslin, Thierry Burkart, Ida Glanzmann, Bernhard Guhl, Beat Flach, Damian Müller u.a. Sie sind von den Wahllisten zu streichen. (Beachten Sie die Abstimmungsliste unter www.parlament.ch)

*

Antwerpen ist eine moslemische Stadt. Das ist schon seit einiger Zeit bekannt. Gemäss Jahresstatistik 2018 sind die Flamen und Belgier in der Minderheit. Die Geburtenzahlen der Einwanderer aus Afrika und Asien sind mehr als doppelt so hoch wie jene der Einheimischen. Bei Kindern bis zu zehn Jahren liegt der Anteil an Muslimen bei 75 Prozent. Ausbreitung garantiert. Nirgends ist die Kriminalität so hoch wie in Antwerpen und Brüssel. Davon hat der ahnungslose NZZ-Schreiberling vor Ort nichts mitbekommen.

*

Nichts gehört bis anhin. Da wären also noch die brennenden Themen für den Nationalrats-Wahlkampf, die bis

heute kaum zur Diskussion gebracht wurden: Seit 2007 wird die Aufhebung des LKW-Nachtfahrverbotes auf die lange Bank geschoben. Der Wegfall dieses unsinnigen Gesetzes würde ab sofort rund 1000 LKW/Tag weniger auf den Strassen bedeuten. Weil sie in der Nacht fahren! Wer setzt sich wirklich für die Aufhebung des Eigenmietwertes ein? Wer setzt sich für die AHV-Einzelrente ein und setzt endlich ein Zeichen, dass Ehepaare gleich viel erhalten, wie zwei Einzelpersonen? Und wer kämpft beim Uno-Migrations-Paktes für eine Volksabstimmung? Wo ist die Sicherheitsdebatte zur Armee? Alles von Mitte-links auf nach den Wahlen verschoben!

Tis Hagmann

Churz & Bündig

Gemäss statistischer Erhebung der Schweizerischen Eidgenossenschaft sind derzeit von allen Fünfundzwanzigjährigen, die für die Leistung von Militärdienst rund sechs Jahre früher stellungspflichtig waren, noch ganze 37 Prozent, also nur etwas mehr als ein Drittel in der Armee eingeteilt. Alle andern erwiesen sich als untauglich oder wählten den Zivildienst. Sehr viele schieden während der RS oder ihrer ersten WKs auf dem «blauen Weg» aus der Armee aus.

us

Erich Hess

wieder in den Nationalrat



bisher

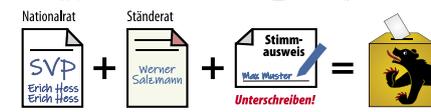


Wahlinfo-Telefon:
031 398 42 00
von 06:30 - 23:00 Uhr (Mo - So)

1	SVP
01040	Erich Hess
01040	Erich Hess

Werner Salemann

So wählen Sie richtig:



- Wegbereiter für schärfere Einbürgerungsbestimmungen im Kanton Bern; erfolgreicher Initiator der kantonalen Volksinitiative «Keine Einbürgerung von Kriminellen und Sozialhilfeempfängern»
- Urheber der Parlamentarischen Initiative für die Vernetzung der regionalen Betriebsämter, damit «Mietnomaden» endlich das Handwerk gelegt werden kann
- Initiator für die Montage von Sicherheitsnetzen gegen Brücken-Suizide
- unermüdlicher Kämpfer gegen den Berner Schandfleck Reithalle
- Motionär für den automatischen Widerruf des Bleiberechts für Ausländer bei übermäßigem Sozialhilfebezug

«Erich Hess redet nicht nur, er handelt! Dank ihm wurden im Kanton Bern die Einbürgerungsbestimmungen verschärft. Er engagiert sich verlässlich für tiefere Steuern und für den Bürokratieabbau sowie gegen die EU-Anbindung der Schweiz. Darum gehört Erich Hess wieder in den Nationalrat!»



Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 32)

Damals in der SVP

von Hans Fehr, a. Nationalrat, Eglisau ZH



Am 22. Oktober 1995 kommt mit den Resultaten der Nationalrats- und Ständeratswahlen für die Parteien und Kandidaten die Stunde der Wahrheit. Und diese Wahrheit sieht für die Zürcher SVP sehr positiv aus: Nachdem sie ihren Wähleranteil schon 1991 um rund 5 Prozent auf 20,1 Prozent hatte steigern können, legt sie nun 1995 nochmals 5 Prozent auf 25,1 Prozent zu. Schweizweit kann die SVP von 11,9 Prozent (1991) auf 14,9 Prozent zulegen – und dies, obwohl sie nicht in allen Kantonen angetreten ist.

Unser Wahlsieg ist umso bemerkenswerter, als gegen die Zürcher SVP in den letzten Wochen vor den Wahlen eine eigentliche Grossoffensive unter Leitung des

Uno-Migrationspakt

Weitere Umfrage-Antworten

Aufgrund von Übermittlungsproblemen sind einige Antworten zur grossen «Schweizerzeit»-Umfrage zum Uno-Migrationspakt erst nach Redaktionsschluss der letzten «Schweizerzeit» eingetroffen.

Die Namen jener vier antwortenden Kandidatinnen und Kandidaten, welche die von uns allen Parlamentariern gestellten Fragen so beantworteten, dass die «Schweizerzeit»-Redaktion sie ausdrücklich zur Wahl bzw. Wiederwahl in den Nationalrat empfiehlt, seien hier nachgetragen. Diese vier Parlamentarierinnen und Parlamentarier sagen Nein zum von der Uno angestrebten Verbot, weiterhin zwischen legaler und illegaler Einwanderung unterscheiden zu dürfen. Sie lehnen auch jene Forderung des Uno-Migrationspakts ab, gemäss welcher Unterzeichnerstaaten in ihrem Land nur noch positive Berichterstattung zu Einwanderungsfragen zulassen dürfen. Drittens lehnen sie ab, dass eine von der Uno eingesetzte NGO anstelle des landeseigenen Parlaments über die Umsetzung des Migrationspakts zu wachen habe. Andererseits begrüssen sie die Forderung, dass der Beitritt zum Uno-Migrationspakt dem obligatorischen Referendum zu unterstellen sei, womit die Stimmbürger das letzte Wort hätten.

Die vier Namen, welche sich zu solchen Antworten bekennen, lauten:

Thomas Burgherr, Wiliberg, SVP AG; **Barbara Keller-Inhelder**, Rapperswil-Jona, SVP SG; **Gregor Rutz**, Zollikon/Zürich, SVP ZH, sowie **Walter Wobmann**, Gretzenbach, SVP SO

Fernsehens DRS gelaufen ist. Unsere Gegner haben alles versucht, um die SVP-Exponenten zu diffamieren und in die rechtssextreme Ecke zu stellen (*Das war und ist ja alles nicht ganz neu...*). Dennoch lassen sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht beirren. Unser Kampf für eine freie, selbstbestimmte Schweiz, für sichere Arbeitsplätze und eine solide AHV hat sich gelohnt und ist – so unser Auftrag – unvermindert fortzusetzen. Die neu- oder wiedergewählten Zürcher SVP-Nationalräte sind Christoph Blocher, Ueli Maurer, Max Binder, Lisbeth Fehr und Ulrich Schlüer auf der Liste «Ost», sowie Walter Frey, Toni Bortoluzzi, Werner Vetterli und Hans Fehr (meine Wenigkeit) auf der Liste «West».

Die Konfrontation und die scharfe Polarisierung zwischen der SVP und der SP namentlich in der Schicksalsfrage eines EU-Beitritts hat beiden Seiten Erfolg gebracht. Auch die SP kann um drei Prozentpunkte zulegen. Dass die FDP einen bürgerlichen Schulterchluss mit entsprechenden Listenverbindungen leichtfertig in Frage gestellt hat, zahlt sich für sie nicht aus; sie verliert nicht nur 0,6 Prozent an Stimmenanteil, sondern auch ein Zürcher Nationalratsmandat.

*

Unser Ständeratskandidat Toni Bortoluzzi verfehlt zwar trotz eines intensiven Wahlkampfes den Einzug ins Stöckli, er erreicht aber mit über 100'000 Stimmen ein ausgezeichnetes Resultat – dies umso mehr als die gegenseitige Unterstützung der Bürgerlichen gefehlt hat; zudem kann ein zweiter Wahlgang erzwungen werden. Um sich voll auf die Regierungsrats-Ersatzwahl konzentrieren zu können – weil in man innert weniger Wochen nicht zwei intensive Wahlkämpfe auf verschiedenen Ebenen führen kann – (s. unten), verzichtet die SVP in Absprache mit Toni Bortoluzzi dar-



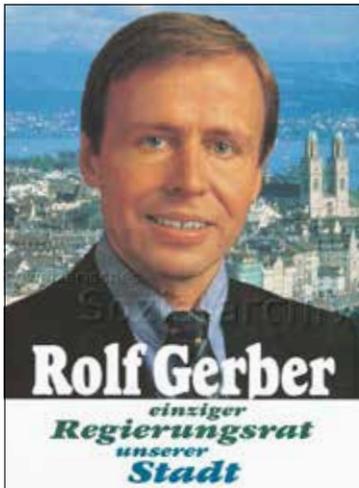
Schweizer Werte
in der Vermögensverwaltung
seit 1983

Ihr Ansprechpartner Markus Müller informiert Sie über alle Möglichkeiten und berät Sie gerne.

Tel: 041 725 35 45 Email: markus.mueller@mpmswiss.com

KOMPETENT, UNABHÄNGIG, ERFOLGREICH

MPM SWISS AG · Riedstrasse 11 · 6330 Cham · www.mpmswiss.com



auf, beim zweiten Wahlgang nochmals für den Ständerat anzutreten. An seiner Stelle wird Vreni Spoerry, FDP, aus Horgen ins Rennen geschickt und auch von der SVP unterstützt, nachdem sie erklärt hat, dass für sie ein EU-Beitritt auf lange Sicht nicht in Frage komme. Und sie wird schliesslich mit gutem Resultat gewählt.

*

Nach dem Rücktritt von Regierungsrat Moritz Leuenberger, SP, der zum Bundesrat gewählt wurde, ist eine Ersatzwahl für die Zürcher Regierung nötig. Sie findet am 26. November 1995 statt. Aufgrund der bis anhin vom Zürcher Volk gewählten Konkordanz in der Kantonsregierung bestreiten die SVP und die FDP den Anspruch der SP auf einen Sitz grundsätzlich nicht. Nachdem die SP jedoch als Kantonsrätin Vreni Müller-Hemmi nominiert, welche von den Bürgerlichen übereinstimmend als ungeeignet für diese Kollegialbehörde erachtet wird, fordert die FDP die SVP als stärkste Partei auf, eine geeignete Gegenkandidatur

zu nominieren. Am 25. Oktober heben die Zürcher SVP-Delegierten Rolf Gerber aus Schwamendingen, Chef des Zürcher Landwirtschaftsamtes, mit Akklamation auf den Schild. Gerber – kompetent, führungserfahren und einziger Regierungsrat aus der Stadt Zürich – wird zudem von einer breiten bürgerlichen Koalition unterstützt.

Rolf Gerber verfehlt die Wahl nur um Haaresbreite! Zum absoluten Mehr von 124'088 Stimmen fehlen ihm lediglich 729, und er lässt die SP-Konkurrentin mit rund 3'000 Stimmen hinter sich. Das Hauptziel der Bürgerlichen, die ungeeignete SP-Kandidatin Müller-Hemmi zu verhindern und einen zweiten Wahlgang herbeizuführen, ist jedoch erreicht. Für den zweiten Wahlgang, der auf den Januar 1996 angesetzt wird, muss sich die SP gut überlegen, ob sie wieder mit der gleichen Kandidatin antreten will. Und siehe da: Frau Müller-Hemmi wird von ihrer Partei zurückgezogen und durch Markus Notter ersetzt. Dennoch verzichtet Gerber schliesslich darauf, beim zweiten Wahlgang nochmals anzutreten. Erstens ist das Hauptziel seiner Kandidatur erreicht, und zweitens fühlt er sich nach den Erfahrungen im Wahlkampf eher zum Chef des Landwirtschaftsamtes geboren (ein Amt, das er mit Kompetenz und Leidenschaft versieht) als zum Berufspolitiker.

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr



- > Hebebühnen mieten
- > Ferienwohnungen mieten
- > Geschenke finden
- > DJs buchen
- > Restaurant finden
- > Haus verkaufen
- > Weiterbildung finden

mittelland24.ch

mieten – kaufen – finden

Christian Riesen 2x auf Ihre Solothurner Nationalratsliste

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Samstag, 12. Oktober 2019, 11.00 Uhr

«SVP bi de Lüt» in Marthalen/ZH

Mit NR-Kandidaten Konrad Langhart und Paul Mayer
Landi Marthalen, Güterstrasse 3, 8460 Marthalen/ZH

Montag, 14. Oktober 2019, 19.00 Uhr

«SVP bi de Lüt» in Oberwil-Lieli/AG

Sessionsrückblick mit Nationalrat Andreas Glarner
Restaurant Tricolore, Kirchweg 31, 8966 Oberwil-Lieli/AG

Dienstag, 15. Oktober 2019, 19.30 Uhr

«Ja zur Schweiz» in Weinfelden/TG

Vortrag und Diskussion mit Ulrich Schlüer
Restaurant Thurgauerhof, Thomas Bornhauser-Strasse 10,
8570 Weinfelden/TG

Sonntag, 20. Oktober 2019, 13.00 Uhr

Wahltreff der SVP Kanton Zürich

Restaurant Rössli, Kempthalstrasse 52, 8308 Illnau/ZH

Donnerstag, 7. November 2019, 19.30 Uhr

Info-Abend «EU-Rahmenabkommen (InstA)»

Worum geht es? Wie aktiv werden in der Meinungsbildung?
Mit Werner Gartenmann, Auns; Ulrich Schlüer, «Schweizerzeit».
Restaurant Schlüsselzunft, Freie Strasse 25, 4001 Basel

Büchertisch

BESTSELLER



Widerworte

Gedanken über Deutschland

Alice Weidel

Die Autorin ist Co-Präsidentin der AfD-Bundestagsfraktion in Deutschland. Sorgfältig und mutig analysiert sie Sachverhalte, auf dass schliesslich kompetente Beurteilung von Entwicklungen erfolgen kann. Dafür muss sie unglaubliche Schmäh-Tiraden über sich ergehen lassen. In ihren Gedanken über Deutschland dokumentiert sie überzeugend, wie die etablierten, blindlings nach Brüssel ausgerichteten traditionellen Parteien in die Krise fehlender Lösungen für drängende Probleme geraten sind.

Plassen, Kulmbach 2019, 147 S., brosch., (Richtpreis Fr. 20.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 19.90



Die geheime Migrationsagenda

Wie elitäre Netzwerke mit Hilfe von EU, Uno und NGOs Europa zerstören wollen

Friederike Beck

Die anhaltende Masseneinwanderung bedroht Europa – kulturell und wirtschaftlich. Es sind Staatsbürokratien, EU- und Uno-Seilschaften, die sie vorantreiben. Welche Kräfte stecken hinter den laufenden Entwicklungen? Welche Motive treiben sie an? Wie sind die Handelnden miteinander vernetzt, wie forcieren sie die Einwanderung? Ein Buch, das brisante Hintergründe aufzeigt. Pflichtlektüre für jeden, der die gegenwärtige Entwicklung durchschauen will.

Kopp, Rottenburg 2016, 303 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 14.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 13.80

AKTUELL



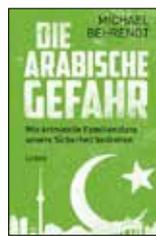
Eine Lehrerin sieht rot

Mini-Machos, Kultur-Clash, Gewalt in der Schule und das Versagen der Politik

Doris Unzeitig

Die Autorin «durfte» in Berlin eine Willkommenskultur-gesegnete Schulklasse führen. Ihr Kampf gegen ständige Gewalt an der Schule, für unabdingbare Verbesserungen gegenüber seit langem erkannten unhaltbaren Zuständen: Das stiess bei den Politikern auf taube Ohren, fand aber den Weg in die Medien. Aus der Öffentlichkeit erwuchs der mutigen Lehrerin breiteste Zustimmung. Quintessenz des Buches. Die Masseneinwanderung zerstört die Volksschule – weil sie geordnetes Lernen verunmöglicht. Das gilt nicht nur für Deutschland. Darum ist der Tatsachenbericht von Doris Unzeitig ebenso aufrüttelnd wie wichtig.

Plassen, Kulmbach 2019, 255 S., brosch., (Richtpreis Fr. 27.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 26.50



Die arabische Gefahr

Wie kriminelle Familienclans unsere Sicherheit bedrohen

Michael Behrendt

In Deutschland geht von den dank Willkommenskultur nach Westeuropa gelangten arabischen Clans grosse Gefahr aus. Sie beherrschen bereits Quartiere, zum Teil Vorstädte. Axt und Schlagstöcke sind ihre «Werkzeuge» bei der brutalen Schutzgelderpressung. Während sich arabische Banden ausbreiten, werden der Polizei Mittel für wirksame Gegenmassnahmen gestrichen. Merkels Links-Deutschland zerstört die zivilisatorische Grundlage, auf der das Abendland gewachsen ist. Aufrüttelnde Pflichtlektüre!

Lübbe, Köln 2019, 238 S., geb., (Richtpreis Fr. 29.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 28.40



Zocken, futtern, Schule schwänzen

Das ISO-Syndrom – die neue Gefahr für unsere Kinder

Wolfgang Siegfried, Tim Wanders

ISO-Syndrom ist die Abkürzung von I wie Internetsucht, S wie Schuleschwänzen, O wie Obesitas (krankhaftes Übergewicht). Diese drei Faktoren beeinträchtigen Schulerfolg zunehmend – um so mehr, wenn Bildungsdirektionen den Freitag faktisch zum schulfreien Demo-Tag ernennen – oder zumindest entsprechenden Missbrauch nicht ahnden. Unsere Volksschule steht am Wendepunkt. Ein neues Buch zeigt, was sich anbahnt, was sich entwickelt, wie gegebenenfalls Eltern Gegensteuer zu unheilvollen Tendenzen geben können. Ein Buch, das auch Schweizer Eltern Vieles zu sagen hat.

Rowohlt, Hamburg 2019, 287 S., geb., (Richtpreis Fr. 30.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 29.–

SCHWEIZ



Den Eiger kümmert's nicht

Adrian Amstutz, René E. Gygax

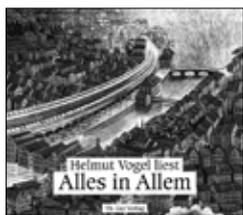
Adrian Amstutz gehört zu den bekanntesten und profiliertesten Schweizer Politikern der Gegenwart. Er ist auch, früher Gemeindepräsident in Sigriswil, weitherum geschätzter Unternehmer. Ende Oktober geht seine Politikkarriere zu Ende – die Berner Amtszeit-Beschränkung befiehlt das. Wahrhaftig ein Grund, auf die Karriere von Adrian Amstutz zurückzublicken – und seine eigenständige Persönlichkeit, bekannt und gefürchtet aufgrund seiner direkten Sprache, zu würdigen. – Das Buch erscheint Ende Oktober.

Werd und Weber, Thun/Gwatt 2019, 260 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 39.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 37.05

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Alles in Allem

Helmut Vogel liest Kurt Guggenheim

Auf insgesamt vier CDs werden vier Handlungsstränge aus Kurt Guggenheims grossem, über tausendseitigem Hauptwerk aufs trefflichste von Schauspieler Helmut Vogel vorgelesen. Als «Handlungs-Längsschnitte» (wenn dieser technische Begriff zum so grossartig komponierten Hauptwerk Guggenheims überhaupt verwendet werden darf) werden die Liebesgeschichten zwischen Aaron Reiss und Jacqueline Voubrasse sowie zwischen dem nüchternen Historiker Karl Gebhardt und der reichen, sowohl energischen als auch geheimnisvoll Leben weitergebenden Industriellen-Tochter Katharina Meng vorgetragen. In einem dritten Teil wird die Familiengeschichte der Kaufmannsfamilie Gidionovics vorgetragen – ein Beispiel für die Leistung jüdischer Kaufleute für die Entwicklung Zürichs – vorgestellt, während die vierte Zusammenfassung «Irrungen und Wirrungen aus dem Züricher Milieu» präsentiert. Es sind dies zwar nur Auszüge aus der mit «Alles in Allem» geschaffenen Chronik der Limmatstadt von Kurt Guggenheim. Aber die ausgewählten Handlungsabläufe garantierten ein Hörerlebnis von besonderem Gehalt.

Th. Gut-Verlag, Zürich, 4-CDs, Spieldauer ca. 5 Std., (Richtpreis Fr. 28.–), Ihr Preis bei Schweizerzeit: Fr. 26.60

Hörbücher: Beste Unterhaltung auf langen Autofahrten – und wirksame Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN



13 Mordfälle und eine Amour Fou

Die spannendsten Kriminalfälle des Tages-Anzeiger Polizeireporters

Stefan Hohler

Als Polizeireporter kommt man zwangsläufig in Kontakt mit schweren Verbrechen, zumeist auch mit deren Aufklärung. Stefan Hohler schildert dreizehn Gewaltverbrechen, die für das Opfer tödlich geendet haben – Mordfälle, die in der Schweiz Tatsache geworden sind. Der Autor schildert die Umstände der Tat, die Motive der Täter, die Zusammenhänge, die zum tödlichen Verbrechen geführt haben. Wer nur schon im Buch blättert, trifft auf jene Fälle, die in den letzten Jahren Schlagzeilen ausgelöst, enormes Öffentlichkeitsinteresse geweckt haben.

Es geht im Buch aber nicht bloss um süffige Darstellung tödlich endender Gewalt-Kriminalität. Es werden auch grundsätzliche Fragen zur Entwicklung der Verbrechensszene, zu Fahndungserfolgen und -misserfolgen, zum Umgang der Justiz mit Schwerverbrechern vorgelegt. Weil die meisten Fälle noch in Erinnerung sind, dürfte das Buch auf besonderes Interesse stossen.

us

Stefan Hohler: «13 Mordfälle und eine Amour fou – Die spannendsten Kriminalfälle des Tages-Anzeiger Polizeireporters». Münster, Basel 2019, 174 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 24.–) Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 22.80

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Alice Weidel – Widerworte à Fr. 19.90
 Friederike Beck – Die geheime Migrationsagenda à Fr. 13.80

Aktuell

- Doris Unzeitig – Eine Lehrerin sieht rot à Fr. 26.50
 Michael Behrendt – Die arabische Gefahr à Fr. 28.40
 Wolfgang Siegfried, Tim Wanders – Zocken, futtern, Schule schwänzen à Fr. 29.–

Schweiz

- Adrian Amstutz, René E. Gygax – Den Eiger ... à Fr. 37.05

Hörbuch

- Kurt Guggenheim – Alles in Allem à Fr. 26.60

Buchzeichen

- Stefan Hohler – 13 Mordfälle und ... à Fr. 22.80

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
 Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(19/11.10.2019)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel.-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____



DIE «SCHWEIZERZEIT» AM FERNSEHEN

Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 11.10.2019	Magazin	Gewaltkriminalität: Bestandesaufnahme und Gegenmassnahmen Ulrich Schlüer im Gespräch mit dem Aargauer Nationalrat Andreas Glarner und Grossrätin Nicole Müller-Boder, Buttwil/AG
Freitag, 18.10.2019	Magazin	Schlussspurt im Wahlkampf – Warum tun sich Politiker das an? Hermann Lei im Gespräch mit Politikern aus dem Thurgau
Freitag, 25.10.2019 21.00 Uhr	Stammtisch	Die Schweizer Armee und die Arglis der Zeit Ulrich Schlüer im Gespräch mit Peter Regli, ehem. Chef Schweizer Nachrichtendienst; Oberst i Gst Stefan Holenstein, Präsident SOG; Major i Gst Michael Trachsel, Leiter Militär und Zivilschutzverwaltung Schaffhausen.

Öffentliche Aufzeichnungen / Live-Sendungen im «Haus der Freiheit», Wintersberg / Ebnet-Kappel Zuschauer sind herzlich willkommen!

Freitag, 25.10.2019 21.00 Uhr	Stammtisch	Berufsarmee – Ja oder Nein? Ulrich Schlüer im Gespräch mit Peter Regli, ehem. Chef Schweizer Nachrichtendienst; Oberst i Gst Stefan Holenstein, Präsident SOG; Major i Gst Michael Trachsel, Leiter Militär und Zivilschutzverwaltung Schaffhausen.
----------------------------------	------------	---



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

25. Oktober 2019

Wahrheit unerträglich?

Es ist Stimmung aufgekommen in diesem Wahlkampf, der sich bis dato weitgehend dadurch ausgezeichnet hat, dass sich die Blockparteien EU- und Migrationsthemen verweigert haben – dies in der Absicht, die Stimmbevölkerung mit grün-roten «Giftpillen» einzuschläfern.

Zu verdanken ist die Kontroverse dem Egerkinger Komitee, das in einer Plakatkampagne das unzuverlässige Stimmverhalten der FDP-Fraktion kritisierte. «Die FDP schützt radikale Islamisten in der Schweiz», prangte es eine Woche lang auf Plakaten, die in der ganzen Schweiz aufgestellt waren.

Das Komitee kritisierte, dass die Mehrheit der FDP-Fraktion es ablehnte, ein sorgfältig ausgearbeitetes Massnahmenpaket gegen radikale Islamisten mitzutragen. Der Vorstoss der SVP forderte unter anderem: Moscheen und islamische Organisationen dürfen nicht aus dem Ausland finanziert werden. Alle Moscheen sollen hinsichtlich einer Verletzung der Schweizer Rechtsordnung überwacht werden. Zur Überwachung müssen genügend Spezialisten mit entsprechenden Sprachkenntnissen bereitgestellt werden. Und: Keine Visa dürfen mehr an ausländische Imame ausgestellt werden.

Wegen dem unzuverlässigen Stimmverhalten der sonst gerne rechts blinkenden

FDP wurde dieser enorm wichtige Vorstoss mit nur einer Stimme Unterschied abgelehnt! Damit die Wählerschaft auch weiss, wer radikalen Islamismus schonen will, fragte das Egerkinger Komitee auf den Plakaten: «Wollen Sie solche FDP-Mitläufer wirklich wählen?»

Die Kampagne verfehlte ihre Wirkung nicht. Die FDP-Parteispitze zeigte sich wehleidig, klagte – und sorgte dafür, dass nun erst recht die ganze Schweiz vom Plakat und seiner Botschaft erfahren hat. Also der klassische «Streisand-Effekt». Da nützte es auch nichts, dass das zuständige Gericht in einem rechtlich umstrittenen Schnell-Entscheid verfügte, dass die Plakate wieder abgehängt werden müssen. Die Plakatkampagne war ohnehin bloss für eine Woche gebucht worden und wird bei Zustellung des Gerichtsentseids bereits beendet sein.

Indem sich die FDP lauthals gegen die zugespitzte Publikmachung des eigenen Stimmverhaltens wehrte, half sie mit, dass hunderttausende Stimmbürger nun wissen, auf wen im Kampf gegen die Islamisierung leider kein Verlass ist. Wir werden sehen, wie sich das auf die Wahlen auswirken wird.

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus
Melz, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Auflage gem. WEMF: 12'399 (1. Sept. 2019)

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelöldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Anian Liebrand

Schluss
Punkt